

Die Soziale Arbeit in Zeiten der Klimakrise

Eine kleine Forschungsarbeit zum umweltpolitischen Mandat der Sozialen Arbeit

Hochschule Luzern - Soziale Arbeit

Bachelorarbeit Maria Gehlhaar

August 2023

Bachelor-Arbeit

Ausbildungsgang Soziokulturelle Animation

Kurs VZ 20-01

Maria Gehlhaar

Die Soziale Arbeit in Zeiten der Klimakrise

Eine kleine Forschungsarbeit zum umweltpolitischen Mandat der Sozialen Arbeit

Diese Arbeit wurde am **11.08.2023** an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit eingereicht. Für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit wird durch die Hochschule Luzern keine Haftung übernommen.

Studierende räumen der Hochschule Luzern Verwendungs- und Verwertungsrechte an ihren im Rahmen des Studiums verfassten Arbeiten ein. Das Verwendungs- und Verwertungsrecht der Studierenden an ihren Arbeiten bleibt gewahrt (Art. 34 der Studienordnung).

Studentische Arbeiten der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit werden unter einer Creative Commons Lizenz im Repositorium veröffentlicht und sind frei zugänglich.

**Originaldokument gespeichert auf LARA – Lucerne Open Access Repository and Archive
der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern**



Urheberrechtlicher Hinweis:

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 3.0 Schweiz (CC BY-NC-ND 3.0 CH) Lizenzvertrag lizenziert.

Um die Lizenz anzuschauen, gehen Sie bitte zu <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/ch>

Sie dürfen:



Teilen — das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten.

Zu den folgenden Bedingungen:



Namensnennung — Sie müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.



Nicht kommerziell — Sie dürfen das Material nicht für kommerzielle Zwecke nutzen.



Keine Bearbeitungen — Wenn Sie das Material remixen, verändern oder darauf anderweitig direkt aufbauen dürfen Sie die bearbeitete Fassung des Materials nicht verbreiten.

Keine weiteren Einschränkungen — Sie dürfen keine zusätzlichen Klauseln oder technische Verfahren einsetzen, die anderen rechtlich irgendetwas untersagen, was die Lizenz erlaubt.

Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.

Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte nach Schweizer Recht unberührt.

Eine ausführliche Fassung des Lizenzvertrags befindet sich unter

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/ch/legalcode.de>

Vorwort der Studiengangleitung Bachelor

Die Bachelor-Arbeit ist Bestandteil und Abschluss der beruflichen Ausbildung an der Hochschule Luzern, Soziale Arbeit. Mit dieser Arbeit zeigen die Studierenden, dass sie fähig sind, einer berufsrelevanten Fragestellung systematisch nachzugehen, Antworten zu dieser Fragestellung zu erarbeiten und die eigenen Einsichten klar darzulegen. Das während der Ausbildung erworbene Wissen setzen sie so in Konsequenzen und Schlussfolgerungen für die eigene berufliche Praxis um.

Die Bachelor-Arbeit wird in Einzel- oder Gruppenarbeit parallel zum Unterricht im Zeitraum von mehreren Monaten geschrieben. Gruppendynamische Aspekte, Eigenverantwortung, Auseinandersetzung mit formalen und konkret-subjektiven Ansprüchen und Standpunkten sowie die Behauptung in stark belasteten Situationen gehören also zum Kontext der Arbeit.

Von einer gefestigten Berufsidentität aus sind die neuen Fachleute fähig, soziale Probleme und Entwicklungspotenziale als ihren Gegenstand zu beurteilen und zu bewerten. Denken und Handeln in Sozialer Arbeit ist vernetztes, ganzheitliches Denken und präzises, konkretes Handeln. Es liegt daher nahe, dass die Diplomand_innen ihre Themen von verschiedenen Seiten beleuchten und betrachten, den eigenen Standpunkt klären und Stellung beziehen sowie auf der Handlungsebene Lösungsvorschläge oder Postulate formulieren.

Ihre Bachelor-Arbeit ist somit ein wichtiger Fachbeitrag an die breite thematische Entwicklung der professionellen Sozialen Arbeit im Spannungsfeld von Praxis und Wissenschaft. In diesem Sinne wünschen wir, dass die zukünftigen Fachleute der Sozialen Arbeit mit ihrem Beitrag auf fachliches Echo stossen und ihre Anregungen und Impulse von den Fachkreisen aufgenommen werden.

Luzern, im August 2023

Hochschule Luzern, Soziale Arbeit
Studiengangleitung Bachelor Soziale Arbeit

ABSTRACT

Die Klimakrise nimmt einen immer grösseren Stellenwert in der Gesellschaft ein. Die vorliegende Forschungsarbeit mit dem Titel «*Die Soziale Arbeit in Zeiten der Klimakrise - Eine kleine Forschungsarbeit zum umweltpolitischen Mandat der Sozialen Arbeit*», verfasst von Maria Gehlhaar, befasst sich mit den Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesellschaft und möglichen Handlungsansätzen für die Soziale Arbeit. Die Arbeit ist nach dem Erklärungsmodell multipler Gesellschaftskrisen nach Gregor Husi aufgebaut. Anhand der Fragen «Welchen Einfluss hat die Klimakrise auf unsere Gesellschaft?» und «Welche Rolle nimmt die Soziale Arbeit in Zeiten der Klimakrise ein?» werden die Ursachen gesellschaftlicher und kultureller Probleme dargestellt und anschliessend die Rolle der Sozialen Arbeit aufgezeigt. Im nächsten Schritt wird ein präventiver Ansatz anhand eines umweltpolitischen Mandats der Sozialen Arbeit dargelegt. Es folgt eine Rollenklärung der Sozialen Arbeit im Schweizer Politiksystem.

Um ein aktuelles Bild der politischen Zusammenhänge der Klimakrise und der Sozialen Arbeit zu erlangen, wurde eine qualitative Forschung durchgeführt. Dabei soll die Frage «Wie soll sich die Soziale Arbeit in der Umweltpolitik positionieren?» beantwortet werden. Für die Forschung wurden Kommunalpolitiker*innen mittels Interviews befragt.

Abschliessend wurde der Bogen zur Sozialen Arbeit geschlagen. Die Forschungsarbeit hat gezeigt, dass die Klimakrise einen Einfluss auf die Profession der Sozialen Arbeit hat. Die Soziale Arbeit hat vielseitige Handlungsmöglichkeiten, um die Gesellschaft zu sensibilisieren und die Politik auf die Thematik aufmerksam zu machen.

INHALT

Abstract	I
Tabellenverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	IV
Abkürzungsverzeichnis	IV
Danksagung	V
1 Einleitung.....	1
1.1 Ausgangslage	1
1.2 Fragestellungen und Zielsetzung der Arbeit.....	2
1.3 Berufsrelevanz.....	2
1.4 Abgrenzung.....	3
1.5 Struktur der Arbeit	4
2 Die Klimakrise und die Gesellschaft	5
2.1 Postkolonialismus und die imperiale Lebensweise	5
2.2 Externalisierungsgesellschaft	6
2.3 Treiber von Umweltbelastung.....	7
2.4 Auswirkungen auf die Gesellschaft	9
2.5 Fazit: Klimakrise und Gesellschaft - eine gegenseitige Beziehung	11
3 Die Klimakrise und die Rolle der Sozialen Arbeit	12
3.1 Klimakrise und Menschenrechte.....	12
3.2 Umweltgerechtigkeit.....	13
3.3 Grüne Soziale Arbeit.....	15
3.4 Fazit: Die Soziale Arbeit muss Handeln	18
4 Die Soziale Arbeit im Schweizer Politiksystem	19
4.1 Sozialpolitik und politische Soziale Arbeit.....	19
4.1.1 Sozialpolitik.....	19
4.1.2 Sozialarbeitspolitik	20
4.2 Schweizer Umweltpolitik.....	22
4.2.1 Umweltpolitisches Diskurs – der letzten 50 Jahre	22
4.2.2 Umweltpolitisches Diskurs – Heute.....	23
4.3 Soziale Arbeit und Umweltpolitik.....	24
4.4 Fazit: Die Soziale Arbeit ermöglicht den Zugang zur Politik	25
5 Forschungsdesign	26
5.1 Methodik	26
5.2 Sampling	26
5.3 Datenerhebung.....	27
5.4 Datenaufbereitung und -auswertung.....	27

6	Darstellung der Forschungsergebnisse	29
6.1	Kategorisierung	29
6.2	Umwelt und Soziales	29
6.3	Politik.....	31
6.4	Auftrag der Sozialen Arbeit	33
6.5	Handlungsmöglichkeiten für die Soziale Arbeit	34
7	Diskussion der Forschungsergebnisse.....	35
7.1	Umwelt und Soziales	35
7.2	Politik.....	36
7.3	Auftrag der Sozialen Arbeit	36
7.4	Handlungsmöglichkeiten für die Soziale Arbeit	37
7.5	Fazit	37
8	Schlussfolgerungen.....	39
8.1	Ein umweltpolitisches Mandat der Sozialen Arbeit	39
8.2	Fazit für die Praxis	40
8.3	Ausblick.....	40
9	Literaturverzeichnis.....	42
10	Anhang.....	44
	A Tabelle Volksabstimmungen Thema Umwelt	44
	B Leitfaden Interview	46

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Handlungsmöglichkeiten Grüne Soziale Arbeit	16
Tabelle 2: Volksabstimmungen nach Umweltsparte.....	22
Tabelle 3: Auswahlmatrix Interview.....	27

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: 3 Dimensionen Konzept der Nachhaltigkeit	3
Abbildung 2: Erklärungsmodell der multiplen Gesellschaftskrise vereinfacht	4
Abbildung 3: 7 Dimensionen des Strukturmechanismus	6
Abbildung 4: Veränderungen durch Klimawandel	10
Abbildung 5: Grüne Soziale Arbeit: Handlungsrahmen für die Praxis.....	17
Abbildung 6: Dreidimensionaler Politikbegriff.....	20
Abbildung 7: Differenzierung der Berufsfelder Sozialer Arbeit.....	24

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ARE.....	Bundesamt für Raumentwicklung
BAFU.....	Bundesamt für Umwelt
CDM.....	Clean Development Mechanism
DEZA.....	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
ebd.....	ebenda
NCCS.....	National Centre for Climate Services
SNE.....	Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung
vgl.....	vergleiche
Z.....	Zeile

DANKSAGUNG

Diese Arbeit wäre ohne die zahlreiche Unterstützung verschiedenster Personen nicht zustande gekommen. Dafür möchte ich meinen Dank aussprechen. Insbesondere den Interviewpartner*innen, die sich die Zeit genommen haben und ohne die, die Forschung nicht zustande gekommen wäre.

Des Weiteren bedanke ich mich bei Dr. Prof. Gregor Husi für die fachliche Unterstützung und Begleitung, die mich stetig motivierte.

Ursula Wittwer danke ich für das Gegenlesen der Arbeit und die mentale Unterstützung während der gesamten Zeit.

Zum Schluss bedanke ich mich bei meinen Kommiliton*innen und Freund*innen für Bestärkung und die motivierenden Worte.

1 EINLEITUNG

Die vorliegende Bachelorarbeit wurde im Rahmen des Studiums an der Luzerner Fachhochschule für Soziale Arbeit verfasst. Sie befasst sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Schweizer Gesellschaft sowie der möglichen Prävention durch ein umweltpolitisches Mandat der Sozialen Arbeit.

1.1 Ausgangslage

Laut dem National Centre for Climate Services [NCCS] (2021) verändert sich das Klima stetig. Natürliche Faktoren wie die Sonneneinstrahlung, Vulkaneruptionen oder die chemische Zusammensetzung der Luft beeinflussen das Klima auf der Erde. Ebenso haben menschlich verursachte Treibhausgasemissionen einen Einfluss. Die Temperaturentwicklung der letzten 150 Jahre lässt sich nicht mehr durch natürliche Faktoren erklären. So lassen sich die klimatischen Veränderung auf die menschengemachte Treibhausgasemissionen zurückführen. Der Klimawandel macht auch vor der Schweiz nicht halt. So stiegen die jährlichen Durchschnittstemperaturen laut dem Bundesamt für Umwelt [BAFU] (2023a) seit Messbeginn (1864) um 2° C. Im Vergleich zum globalen Mittel ist dieser Anstieg doppelt so hoch. Im letzten Jahrzehnt wurden die wärmsten sechs Jahre seit Messbeginn verzeichnet. Bis 2050 drohen 50-90 % der Alpenen Gletscher in der Schweiz zu verschwinden, sofern dieser Trend anhält. Die Extremwetterereignisse häufen sich und Hitzewellen sowie Starkniederschläge nehmen weiter zu.

In der Gesellschaft nimmt der Klimawandel einen immer grösseren Stellenwert ein. Die Thematik hat spätestens in den 80er Jahren die Schweizer Politik und somit das Schweizer Volk erreicht. So wurden 1984 die zwei Initiativen «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» und «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke eingereicht» (admin.ch, 2023). Mit der weltweiten Klimastreikbewegung hat sich der Klimawandel 2018 in das Zentrum der medialen Berichterstattung gedrängt. So wurden seitdem einige Volksinitiativen rund um die Thematik der nachhaltigen und ökologischen Entwicklung eingereicht. Diese Vorlagen wurden alle vom Schweizer Volk abgelehnt. Einzig die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative hat das Volksmehr erreicht, um am Ständemehr zu scheitern. Die politische Aktivität in der Schweiz zeigt also, dass das Thema bei einem Teil der Gesellschaft angekommen ist. Doch die Mehrheit ist sich den Auswirkungen und Folgen des Klimawandels kaum bewusst, oder möchte sie nicht wahrhaben.

Wie oben erwähnt, haben weltweite Klimaproteste Bewegungen wie Friday for Future¹ seit dem Jahr 2018 einen grossen Aufschwung erlebt. Der Fokus dieser Proteste verlagert sich immer mehr hin zu einer Klimagerechtigkeit und ein sozialer Wandel wird eingefordert.

¹ Ein globale von jungen geleitete Bewegung, dass sich nach dem Streik von Greta Thunberg 2018 gebildet hat (Fridays for Future, ohne Datum).

Aufgrund der zahlreichen Auswirkungen, die der Klimawandel auf unsere Gesellschaft ausübt und dem Bedürfnis nach einem sozialen Wandel, kann von einer Klimakrise gesprochen werden. Diese Krise ist jedoch nicht nur durch ein Staats- oder Marktversagen entstanden. Es ist die Folge einer multiplen Krise. Das Zusammenspiel von fünf gesellschaftlichen Kräften liegt ihr zugrunde. In diesem Umweltpentagon entsteht das Wirken zwischen Regulierenden, Konsumierenden, Interpretierenden, Finanzierenden und Produzierenden. Insbesondere Handlungen in diesem System die viele Emissionen freisetzen, befeuern die Krise weiter. Die Krise löst in dem System jedoch keine Angst aus, sondern einen Abwehrmechanismus (Husi, 2022, S. 303). Die Konsequenz daraus ist, wie die Gesellschaft und somit auch die Soziale Arbeit mit der Klimakrise umgehen will.

1.2 Fragestellungen und Zielsetzung der Arbeit

Diese Bachelorarbeit geht der Frage nach, inwiefern die Soziale Arbeit ein umweltpolitisches Mandat innehat. Dabei werden die Zusammenhänge der Klimakrise auf unsere Gesellschaft dargestellt sowie der Bezug zur Sozialen Arbeit hergestellt. Dies geschieht anhand folgender zwei Fragestellungen:

- *«Welchen Einfluss hat die Klimakrise auf unsere Gesellschaft?»*
- *«Welche Rolle nimmt die Soziale Arbeit in Zeiten der Klimakrise ein?»*

Anhand der dritten Fragestellung; *«Welche Rolle nimmt, die Soziale Arbeit in der Schweizer Politik ein?»* wird der Bogen zur Schweizer Politik gespannt und mithilfe einer qualitativen Forschung der aktuelle Stand in der Politik eruiert. Dabei stellt sich die Frage: *«Wie soll sich die Soziale Arbeit in der Umweltpolitik positionieren?»*.

Abschliessend werden die Bezüge zur Sozialen Arbeit abgeleitet. Mithilfe der Frage: *«Welche Handlungsansätze ergeben sich für die Praxis der Sozialen Arbeit in Bezug auf die Klimakrise?»* werden konkrete Handlungsansätze für die Soziale Arbeit definiert.

1.3 Berufsrelevanz

Der Berufskodex für Soziale Arbeit in der Schweiz definiert Handlungsmaximen bezüglich der Gesellschaft. Darin werden folgende drei Punkte definiert:

1. *«Die Professionellen der Sozialen Arbeit engagieren und vernetzen sich. Ihre Netzwerke setzen sie für gesellschaftliche und sozialpolitische Verbesserungen ein und begründen so die allverlässlichkeit der Sozialen Arbeit der Gesellschaft gegenüber.*
2. *Die Professionellen der Sozialen Arbeit vermitteln der Öffentlichkeit, der Forschung und der Politik ihr Wissen über soziale Probleme sowie deren Ursachen und Wirkungen auf individueller und struktureller Ebene, und tragen so dazu bei, dass ihre Expertise nutzbar wird.*
3. *Die Professionellen der Sozialen Arbeit setzen sich auch mit ihren staatsbürgerlichen Mitteln für eine soziale, demokratische Gesellschaft ein, die für Solidarität und die Wahrung der*

Menschenrechte, für Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Menschen und gegen Diskriminierung einsteht.» (Avenir Social, 2010, S. 14).

Die Soziale Arbeit soll sich für sozialpolitische und gesellschaftliche Verbesserungen einsetzen, sowie ihr Wissen in Bezug auf soziale Probleme vermitteln. Die Klimakrise hat einen grossen Einfluss auf unser Zusammenleben und begünstigt soziale Ungleichheit. Somit ist es aus der Professionellen Sicht der sozialen Arbeit unerlässlich, sich der Thematik der Klimakrise anzunehmen.

1.4 Abgrenzung

Pufé (2017) definiert Nachhaltigkeit als ein regenerierbares System. Die entscheidenden Eigenschaften dieses Systems bleiben bei der Nutzung erhalten und stellen sich auf natürliche Weise wieder her (S., 117). Um den Nachhaltigkeitsaspekt umzusetzen, existieren verschiedene Modelle mit unterschiedlichen Fokussen. Das Bundesamt für Raumentwicklung [ARE] (2023) definiert eine nachhaltige Entwicklung folgendermassen:

Der Bundesrat versteht nachhaltige Entwicklung folgendermassen: Eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen und stellt eine gute Lebensqualität sicher, überall auf der Welt sowohl heute wie auch in Zukunft. Sie berücksichtigt die drei Dimensionen – ökologische Verantwortung, gesellschaftliche Solidarität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – gleichwertig, ausgewogen und in integrierter Weise und trägt den Belastbarkeitsgrenzen der globalen Ökosysteme Rechnung. [...].

Diese Definition berücksichtigt das 3-Dimensionen Konzept, in welchem die drei Akteure Umwelt (Ökologie), Wirtschaft (Ökonomie) und Gesellschaft (Soziales) in Relation gesetzt werden (vgl. Abb. 1). Wie in der Definition des ARE erwähnt, findet sich die Solidarität in der Gesellschaft. Die Solidarität muss für ein regenerierendes System jedoch auch in den anderen zwei Bereichen existieren.

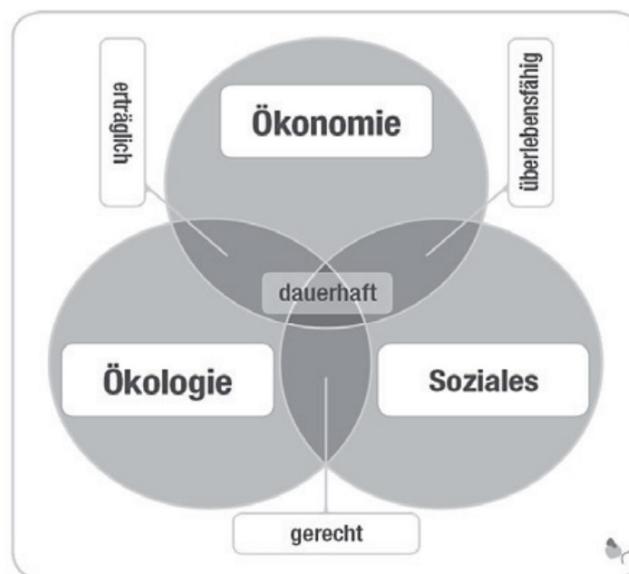


Abbildung 1: 3 Dimensionen Konzept der Nachhaltigkeit (Pufé, 2017, S. 115)

Diese Arbeit orientiert sich am Konzept der Grünen Sozialen Arbeit nach Dominelli (2018). Eine gerechte Entwicklung fordert ein Umdenken des neoliberalistischen Wirtschaftssystems. Die Verteilung der physischen Ressourcen auf der Erde und die Produkte menschlicher Arbeit müssen gerecht verteilt werden. Sie kritisiert den Neoliberalismus als ein System, das von Ungleichheit geprägt ist. Es muss ein neues System geschaffen werden, welches die Ressourcen umverteilt und regenerativ ist. Die Erde soll sich selbst regenerieren können, eine Fähigkeit, die erhalten bleiben muss (S. 9). Aus diesem Grundgedanken heraus wird von den klassischen Nachhaltigkeitsmodellen Abstand genommen.

1.5 Struktur der Arbeit

Die vorliegende Arbeit ist nach dem Erklärungsmodell der multiplen Gesellschaftskrise (Husi, 2022, S. 305) aufgebaut. Dabei geht die Arbeit von dem ersten Punkt *soziale und kulturelle Probleme* aus (Abb. 2). Diese beziehen sich auf die Auswirkungen und Folgen der Klimakrise auf unser gesellschaftliches Zusammenleben. Im zweiten Punkt *Grüne Soziale Arbeit* werden die Zusammenhänge des ersten Punktes mit der Sozialen Arbeit verknüpft. Dies insbesondere mit der Theorie der Grünen Sozialen Arbeit an sich. Durch einen präventiven Ansatz der Handlungsmöglichkeiten folgt die Schlussfolgerung auf Punkt drei *Rechte und Pflichten*. Dabei setzt die Arbeit den Fokus auf die politischen Pflichten der Sozialen Arbeit. Durch eine Veränderung dieser Pflichten schliesst sich der Kreislauf und die Sozialen und kulturellen Probleme werden präventiv angegangen.

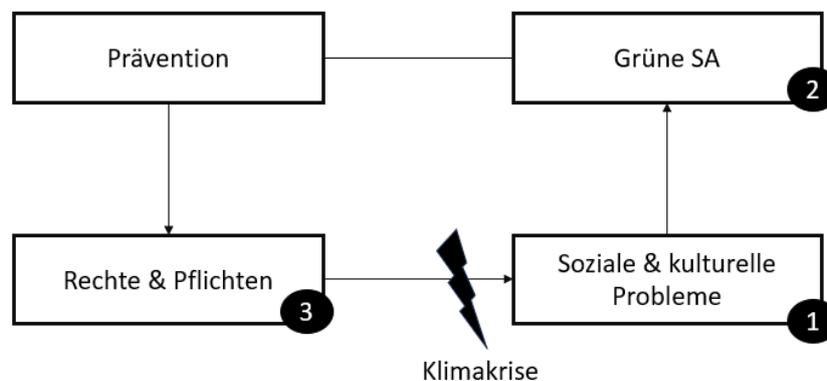


Abbildung 2: Erklärungsmodell der multiplen Gesellschaftskrise vereinfacht (eigene Darstellung nach Husi, 2022)

Da die Klimakrise ein globales Phänomen ist, können die weltweiten Gegebenheiten nicht exkludiert werden. Deswegen werden in der vorliegenden Arbeit auch globale Auswirkungen der Klimakrise thematisiert. Die Globalen Auswirkungen machen sich in der Schweiz bemerkbar und die Schweiz trägt ihren Teil zur Klimakrise bei.

2 DIE KLIMAKRISE UND DIE GESELLSCHAFT

Dieses Kapitel befasst sich mit den Sozialen und kulturellen Problemen (vgl. Kap. 1.5). Wie in der Ausgangslage dargelegt, ist die Klimakrise im aktuellen politischen Diskurs in der Schweiz angekommen. Um zu erläutern, welchen Einfluss der Klimawandel auf unser gesellschaftliches Zusammenleben hat, muss als erstes geklärt werden, welche Gesellschaftssysteme in der Schweiz vorherrschen und wie diese den Klimawandel vorantreiben. Dies geschieht anhand des Postkapitalismus mit der Verknüpfung der imperialen Lebensweise sowie der Externalisierungsgesellschaft. Nebst den Gesellschaftssystemen, die die Krise begünstigen, sind es die Lebensweisen, die zu einem erhöhten Ressourcenverbrauch und Emissionsausstoss führen. Auf Ebene der Individuen sind dies vor allem die Mobilität und das Wohnen. Abschliessend wird die Frage geklärt: *«Welchen Einfluss hat die Klimakrise auf unsere Gesellschaft?»*

2.1 Postkolonialismus und die imperiale Lebensweise

Eine der bekanntesten Aussagen, nach Liedholz (2021), in der internationalen Klimadebatte ist, dass die ärmsten Länder, die am wenigsten zum menschengemachten Klimawandel beitragen, am stärksten von den Folgen betroffen sind. Jedoch ist kein Land von Natur aus arm oder reich. Es ist ein Produkt der Handlungen in der Vergangenheit und Gegenwart (S. 45). Die Geschichte des Kolonialismus verdeutlicht dies. Die jahrelange Ausbeutung durch den Sklavenhandel, Genozide und die Aneignung von Land hat die strukturelle Armut in Ländern des Globalen Südens produziert (Varela, 2019, S. 34, zit. in ebd., S. 46). Durch die Industrialisierung der Kolonialmächte wurde ein neuer Takt für die Ausbeutung geschaffen. Die Länder des Globalen Nordens konnten sich einen unbeschränkten Zugang zu Ressourcen schaffen. Die Verbindung des Postkolonialismus und der Klimakrise wird laut Liedholz (2021) durch die imperiale Lebensweise geschaffen (S. 47-48). Die imperiale Lebensweise beschreibt die Überordnung des alltäglichen Lebens in kapitalistischen Zentren des Globalen Nordens gegenüber den Gesellschafts- und Naturnormen andernorts. Produktions-, Distributions- und Konsumnormen sind tief in den politischen, ökonomischen und kulturellen Strukturen im Globalen Norden verankert. So werden kapitalistische Gesellschaften reproduziert. Dies geschieht stets auf Kosten anderer. So gehört der Clean Development Mechanism [CDM] seit dem Kyoto Protokoll² zum festen Bestandteil der internationalen Klimaschutzbemühungen. Der CDM wirkt als ein Markt für Kompensationen. So soll der Globale Norden und der Globale Süden gleichermassen davon profitieren. Die geforderten Emissionsreduktionen werden in Ländern des Globalen Südens umgesetzt. Dies geschieht durch die Beteiligung an klimafreundlichen Projekten oder durch den Ankauf von Zertifikaten. Die Länder des Globalen Südens sollen durch die Projekte in einer nachhaltigen Entwicklung gefördert werden. Diese Form der Emissionsreduzierung wird kritisch beäugt. So kritisieren Brand und Wissen (2017), dass die

² 1997 verabschiedetes Protokoll. Enthält verbindliche Reduktionsziele für die Industriestaaten. (BAFU, 2023b)

bisherigen Nutzenden stark marginalisiert werden und in den internationalen Emissionshandel miteinbezogen werden. Die ökologischen Möglichkeiten der betroffenen Flächen wird im Interesse der Produktions- und Konsumnormen des Globalen Nordens auf den Klimaschutz reduziert. Dies geschieht ohne ein soziales Interesse der Betroffenen (S. 50).

2.2 Externalisierungsgesellschaft

Die Externalisierungsgesellschaft umschreibt Lessenich (2020) als einen Strukturmechanismus von gesellschaftlicher Reproduktion. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat der Globale Norden die Spitze der weltgesellschaftlichen Sozialstruktur erreicht. Dies durch die sozioökonomischen, soziopolitischen und soziokulturellen Entwicklungsdynamiken in der Gesellschaft. Jene Entwicklungsdynamiken fielen stets systematisch zu Lasten Dritter aus (S. 119). Lessenich spricht dabei von sieben Dimensionen des Strukturmechanismus (Abb. 3).

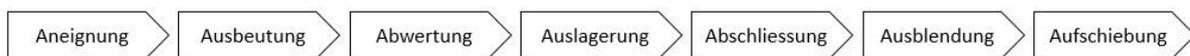


Abbildung 3: 7 Dimensionen des Strukturmechanismus (eigene Darstellung nach Lessenich 2020)

In erster Linie findet eine *Aneignung* von Gütern und Ressourcen statt. Dies geschieht weltweit und bezieht sich ebenfalls auf die Arbeit und die Natur, die davor anders genutzt wurden. Anschliessend werden jene Güter und Ressourcen *ausgebeutet*. Die beiden Parteien stehen in einer sozialen Beziehung zueinander und die machtvollere Seite führt diesen Prozess systematisch durch. Der nächste Schritt ist die *Abwertung*. Durch die systematische *Aneignung* herrscht in der westlichen Welt ein Überfluss dieser Güter und Ressourcen. Ihr Wert geht dadurch verloren und der Mechanismus reproduziert sich weiter. Ressourcen meint in diesem Fall insbesondere Arbeitskräfte, die in Ländern des Globalen Südens zu einem Niedriglohn beschäftigt werden. Um diesen Prozess im Globalen Norden zu rechtfertigen und nicht mit den Folgen der Ausbeutung zu kämpfen, werden die Prozesse *ausgelagert*. Sie finden somit in Ländern des Globalen Südens statt. Rechtliche, menschliche und umweltliche Pflichten können so abgeschoben werden. Um sich noch stärker vor den Folgen zu schützen, findet eine *Abschliessung* statt. Der eigene Wirtschafts- und Sozialraum soll möglichst von dem anderen getrennt sein. Der eigene Arbeitsmarkt und die eigene Wirtschaft müssen stets wettbewerbsfähig bleiben. Damit die soziale Akzeptanz und politische Legitimation der Externalisierung nicht gefährdet wird, findet schlussendlich eine *Ausblendung* der oben genannten Dimensionen statt. Die selbst spürbaren Folgen der Externalisierung werden einfach *aufgeschoben* und so geschieht in den Bevölkerungen der Externalisierungsgesellschaften eine systematische Verlagerung in die Zukunft. Durch die anscheinend unendlichen Ressourcen wird die Soziale Akzeptanz immer mehr zu produzieren und konsumieren gefördert (ebd., S. 120-122).

Nach Lessenich benötigt der Begriff der Externalisierungsgesellschaft die Rechtfertigung durch die Sozialität der Gesellschaft. Dabei geht er von drei Punkten aus, die zur Sozialität führen. Die Bevölkerung geht von einer *Selbstverständlichkeit* ihrer Lebensart aus. Die räumliche Mobilität auf der Erde, der grenzenlose Konsum und die öffentliche Infrastruktur wird als logisch angesehen. Ebenso unterliegt die Bevölkerung einem *Selbstverständnis* bezüglich der eigenen Gestaltung des Lebens und dessen Entwürfen. Die Selbstverständlichkeit und das Selbstverständnis führen zu einer *Selbstverständigung*. Diese legitimiert die eigene Art des Lebens und dessen Verständnis davon (ebd., S. 122).

2.3 Treiber von Umweltbelastung

Die Mobilität, das Wohnen und die Ernährung sind laut dem BAFU (2022) für zwei Drittel der Emissionen verantwortlich. Die Mobilität macht dabei 14 % der Emissionen aus (S. 34). Sie verbindet Menschen und die Wirtschaft in der ganzen Schweiz und drüber hinaus. Seit den 1990er Jahre steigt die Verkehrsleistung in der Schweiz kontinuierlich an. Etwa drei Viertel dieses Anstiegs sind auf den privaten motorisierten Verkehr zurückzuführen. Dieser Anstieg hat negative Folgen für den Mensch und die Umwelt. Darunter zählen erhöhte Treibhausgasemissionen, Luftschadstoffe, Lärm, Zerschneidung von Lebensräumen und der Verbrauch von Ressourcen und Boden. Dabei sind Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Gebieten festzustellen. Im Jahresdurchschnitt legt eine Schweizer*in täglich 37 km zurück. Auf dem Land sind die Distanzen länger, in städtischen Gebieten kürzer. In der Stadt ist hingegen der öffentliche Verkehr besser ausgebaut. Nebst den Treibhausgasen und Luftschadstoffen, die der Strassenverkehr emittiert, zählt er zu den grössten Lärmverursachern im Bereich der Mobilität (ebd., S. 38).

Auf die individuelle Mobilität haben verschiedene Faktoren einen Einfluss. Dazu gehören folgende (ebd., S. 34):

- Wohnort
- Distanz zum Arbeitsort
- Lebensstil
- Freizeittrends
- Ausbau der Infrastruktur

Um die Emissionen im Bereich der Mobilität zu senken, gibt es diverse Handlungsmöglichkeiten. Fast die Hälfte aller Autofahrten betragen weniger als 5 km. Diese könnten mit dem Velo zurückgelegt werden. Somit braucht es eine Förderung des Velo- und Fussverkehrs, indem er attraktiver gestaltet wird und Sicherheit bietet. Einen weiteren Ansatz bieten kompakte Siedlungskerne. Der Wohnort, die Einkaufsmöglichkeit, der Arbeitsort, Dienstleistungen – umso näher diese zueinander sind, umso

kleinere Distanzen müssen zurückgelegt werden. Während der Coronapandemie mussten viele Menschen im Homeoffice arbeiten. Dies führte unweigerlich zu weniger Verkehr. Deswegen ist sinnvoll, neue Arbeitsmodelle einzuführen, um den Weg zur Arbeit zu verkürzen. Wenn dies nicht möglich ist, soll die Kapazität der Personenwagen ausgenutzt werden. Im Schnitt fahren im Pendlerverkehr pro Wagen 1,1 Personen mit (ebd., S. 39-44).

Noch grösseren Einfluss auf die Emissionen hat das Wohnen mit 25 %. Wohnen ist ein unabdingbares Gut eines jeden Menschen. Dennoch verbraucht es viel Boden, verändert die Landwirtschaft und benötigt Materialien und Energie. Die Anzahl von Wohnarealen nimmt stetig zu. Der genutzte Boden geht meist auf Kosten des Kulturlandes. Dies bedeutet eine Abnahme der Landschaftsqualität. Nebst dem nimmt die Zersiedlung und die Bodenversiegelung zu. Heute sind fast zwei Drittel der Böden in Siedlungsflächen versiegelt. Mögliche Auslöser für diesen Anstieg sind die gestiegenen Ansprüche der Wohnungsgrösse und die steigende Anzahl Haushalte. Fast 70 % aller Haushalte bestehen aus ein oder zwei Personenhaushalte. Dies ist zum einen durch die Alterung bedingt. Ältere Menschen bleiben in den Häusern, obwohl sie den Platz nicht mehr benötigen (ebd., S. 48). Zum anderen durch die Individualisierung der Gesellschaft. Die individuellen Emissionen hängen dabei von folgenden Faktoren ab (ebd., S. 34):

- Individueller Lebensabschnitt
- Einkommen
- Wohnpräferenz
- Siedlungsstruktur
- Preis

Wie viele Ressourcen eine Person mit ihrer Wohnsituation verbraucht, hängt mit dem Eigentumsverhältnis, dem Siedlungstyp und dem Baujahr des Gebäudes zusammen.

Neue Wohnformen können dieser Entwicklung entgegenwirken. Ein Beispiel sind Genossenschaften, die bestimmte Räume gemeinsam nutzen. Auch kompakte Siedlungskerne wirken sich positiv aus. Wie unter der Mobilität erwähnt, kann das den Standort attraktiver machen und die Wege werden verkürzt. Durch eine ökologische Aufwertung von Siedlungen bieten diese mehr Erholung und die Hitze kann gemindert werden. Denn gerade im Sommer können sich Städte stark erhitzen, was die Lebensqualität negativ beeinflusst.

Die grösste Einschränkung im pro Kopf Ausstoss kann jedoch durch eine Senkung des Energieverbrauchs erreicht werden. Würden alle Wohnungen auf Minergie umrüsten, würden sich die Einsparungen pro Kopf auf 30 % belaufen. Eine wichtige Rolle haben die institutionellen Eigentümer*innen. Sie sind im Besitz von knapp einem Drittel der Wohnfläche, mehrheitlich von

Mehrfamilienhäusern. Eine einzelne Massnahme in einem Mehrfamilienhaus hat einen grösseren Effekt als in einem Einfamilienhaus.

Nebst dem Wohnen selbst, benötigt der Bau von neuer Wohnfläche viele Ressourcen und generiert Abfall. So ist die Baubranche für 80 % des Abfalls zuständig. Es muss auf umweltverträgliches Baumaterial gesetzt und eine Kreislaufwirtschaft aufgebaut werden. Dies bedingt, dass die Materialien recyclebar sind oder wiederverwendet werden können (ebd., S. 52-54).

2.4 Auswirkungen auf die Gesellschaft

Das Bundesamt für Umwelt hat eine Risikoanalyse in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels durchgeführt. Dabei wurden neun Bereiche untersucht, unter anderem die Wasserwirtschaft, der Tourismus, die Gesundheit und die Naturgefahren. Dabei haben sich folgende Risiken für die Schweiz herausgestellt; grössere Hitzebelastung, zunehmende Trockenheit, steigendes Hochwasserrisiko, abnehmende Hangstabilität und häufigere Massenbewegungen, Beeinträchtigung der Wasser-, Boden- und Luftqualität, Ausbreitung von Schadorganismen, Krankheiten und gebietsfremden Arten und sogenannte Wildcars. Die steigende Schneefallgrenze, die Veränderung von Lebensräumen, Artenzusammensetzung und Landschaft, sowie klimabedingte Auswirkungen wurden als Risiken und Chancen gewertet (2017). Diese Risiken treffen jedoch nicht alle Teile der Bevölkerung im gleichen Ausmass. Armutsbetroffene Personen sind stärker von den Auswirkungen betroffen (Liedholz, 2021, S. 41). In einem internationalen Kontext ist dies klar ersichtlich. In den Medien wird immer wieder von Extremwetterereignissen in Entwicklungsländern berichtet. Ungleichheiten in Bezug auf den Klimawandel lassen sich jedoch auch im lokalen Kontext feststellen. Armutsbetroffene Menschen sind hierzulande stärker den Risiken des Klimawandels ausgesetzt. Hitzeperioden oder Schlechtwetterereignisse betreffen Menschen in schlechteren Wohnverhältnissen und mit einem erschwerten Zugang zu medizinischen Mitteln stärker. Wie in Kapitel 1.1 erläutert, nehmen Extremwetterereignisse zu.

Starkniederschläge im Sommer sind vermehrt zu verzeichnen. Je nach Wohnort kann dies andere Folgen mit sich bringen. In städtischen Gebieten kann das Wasser schlecht abfliessen (durch die Versiegelung der Böden, vgl. Kap. 2.3) und es kommt zu Überschwemmungen, im Gebirge können solche Niederschläge zu Hangrutschen führen. Die Gebirgsregionen leiden vor allem an dem Anstieg der Temperaturen. So wurden seit 1961 60 % weniger Frosttage gemessen als zuvor (Abb. 4). Gebiete die auf den Wintertourismus ausgerichtet sind, müssen sich umorientieren. Wenn diese Umorientierung nicht gelingt, verschwinden etliche Arbeitsplätze. Nicht alle Menschen finden leicht eine neue Anstellung oder können ihren Niederlassungsort frei wählen. Hierbei kommen laut Liedholz (2021) nebst finanziellen Mitteln weitere Faktoren ins Spiel, wie Bildung, Arbeitsmarkt und Aufenthaltsstatus. Dies verstärkt die soziale Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft (S. 44).

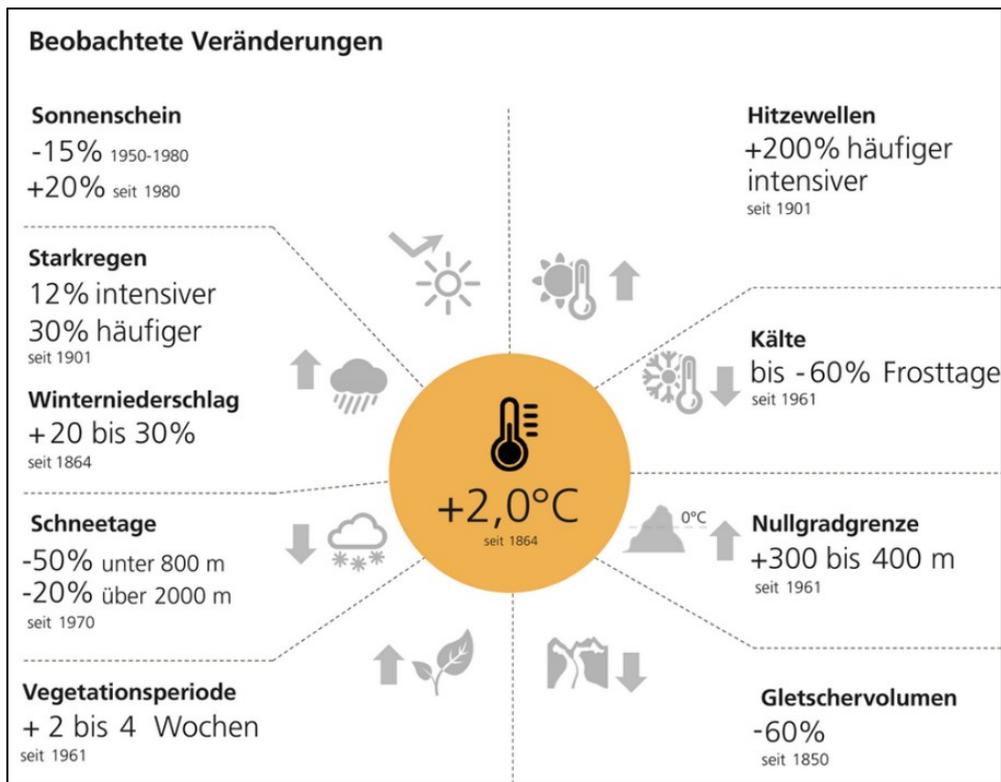


Abbildung 4: Veränderungen durch Klimawandel (NCCS, 2022)

Ein weiterer Faktor, der einen Einfluss auf die Gesellschaft in der Klimakrise hat, ist die Klimaflucht. Der Begriff der Klimaflucht ist laut Fabritius (2018) nicht eindeutig definiert. So beschreibt der Begriff Klimaflucht ein Verlassen des Heimatortes aufgrund Veränderungen durch die Klimakrise, die ein angemessenes Leben verhindert. Oft wird in diesem Zusammenhang von Umweltmigration gesprochen. Dieser Begriff umschreibt alle Menschen, die durch Veränderungen der Umwelt und der fehlenden Perspektiven migrieren (S. 58-59). Diese Arbeit beruht sich auf den Begriff Klimaflüchtling. Durch den ansteigenden Meeresspiegel und die starken Dürre- und Niederschlagsperioden kann durchaus von einer Flucht gesprochen werden. Durch die Klimakrise ist das Leben und die Existenz vieler Menschen bedroht. Hinzu kommen die immer knapper werdenden Ressourcen sowie ein Anstieg der Bevölkerung. Die Schlussfolgerung daraus lautet: Immer mehr Menschen müssen sich weniger Ressourcen teilen (ebd., S. 54). Im Jahr 2021 mussten zirka 23,7 Millionen Menschen vor den Folgen starker Umweltereignisse flüchten. Ein Grossteil bleibt momentan im Heimatland. Prognosen gehen von bis zu 140 Millionen Menschen aus, die bis 2050 aufgrund klimatischer Veränderungen ihre Heimat verlassen müssen (Widmer, 2023 und UNO-Flüchtlingshilfe a, ohne Datum). Laut der Genfer Flüchtlingskonvention zählt als Flüchtling jedoch nur wer aufgrund seiner Herkunft, Rasse, Religion, politischer Überzeugung oder der Zugehörigkeit einer Gruppe, im Heimatland nicht sicher ist (UNO-Flüchtlingshilfe b, ohne Datum). Anfang 2020 hat das UN-Menschenrechtsgremium ein wegweisendes

Urteil gefällt. Das Leben von Ioane Teitiota ist in seinem Heimatland Kiribati von dem ansteigenden Meeresspiegel bedroht. Aus diesem Grund stellte er 2015 einen Asylantrag als Klimaflüchtling in Neuseeland. Dieses wurde abgelehnt und Ioane wurde abgeschoben. 2016 reichte er beim UN-Menschenrechtsausschuss Klage gegen Neuseeland ein. Im Januar 2020 stand das Urteil fest. Der Ausschuss bestätigte seine Klage und vermerkte, bei einer Abschiebungsentscheidung müssen künftig auch durch die Klimakrise verursachte Verletzungen der Menschenrechte berücksichtigt werden (Amnesty International, 2020).

Es ist davon auszugehen, dass bei einer steigenden Anzahl an Klimaflüchtlingen vermehrt Asylanträge in der Schweiz gestellt werden.

2.5 Fazit: Klimakrise und Gesellschaft - eine gegenseitige Beziehung

Am Anfang dieses Kapitels stellte sich die Frage, welchen Einfluss die Klimakrise auf unser gesellschaftliches Zusammenleben hat. Wie dargelegt wurde, haben verschiedene Gesellschaftssysteme und individuelle Bedürfnisse einen grossen Einfluss auf die Klimakrise. Die Schweiz als eine Industrienation hat durch ihre Geschichte zum Ungleichgewicht zwischen dem Globalen Norden und Süden beigetragen. Die Mechanismen, die dazu beitragen, sind stark in der Gesellschaft verankert. So spricht Lessenich (2020) von einer gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Lebensweise, die auf Kosten anderer überlebt (S. 119). Die Auswirkungen, die diese Systeme zur Folge haben, schlagen sich jedoch in der Gesellschaft nieder. Je nach sozioökonomischem Stand, Bildungsniveau, Wohn- oder Arbeitsort hat die Klimakrise unterschiedliche Folgen auf einzelne Personen. Die Krise fördert somit die soziale Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft.

3 DIE KLIMAKRISE UND DIE ROLLE DER SOZIALEN ARBEIT

Laut Liedholz (2021) gibt es wohl kaum ein Thema, zu welchem so viele Halbwahrheiten und Falschinformationen kursieren, wie zum Klimawandel. Für die Adressat*innen der Sozialen Arbeit ist meist ihr Alltagstheoretisches Verständnis vom Klimawandel relevant. Dies stellt Professionelle der Sozialen Arbeit vor eine Herausforderung. Sozialarbeitende, die in diesem Bereich tätig sind, sollten stets ein Grundwissen zum Klimawandel abrufen können (S. 25). Denn «Soziale und ökologische Probleme hängen verstärkt zusammen, negative Umwelteinflüsse können zu Benachteiligung und Ausschluss führen und Sozialarbeiter*innen agieren nicht entkoppelt von der natürlichen Umwelt.» (Stamm, 2021, S. 9).

Wie in Kapitel 1.3 erläutert, soll sich die Soziale Arbeit für sozialpolitische und gesellschaftliche Verbesserungen einsetzen sowie ihr Wissen bezüglich sozialer Probleme vermitteln. Im Kapitel 2 wurden die Begünstigungen von sozialer Ungleichheit durch den Klimawandel aufgezeigt.

Um den Bezug zur Sozialen Arbeit zu verdeutlichen, wird nachfolgend der Klimawandel im Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Umweltgerechtigkeit betrachtet. Abschliessend wird der Ansatz einer Grünen Sozialen Arbeit aufgezeigt. Dabei soll die Frage: *Welche Rolle nimmt die Soziale Arbeit in Zeiten des Klimawandels ein?* beantwortet werden.

3.1 Klimakrise und Menschenrechte

Es herrscht eine enge Verbindung zwischen den Menschenrechten und der natürlichen Umwelt, so Stamm (2021). Neben dem Recht auf eine gesunde Umwelt ist ebenso die Erfüllung der individuellen Rechte tangiert. In der Ethik der Sozialen Arbeit bedeutet dies, dass die natürliche Umwelt ein wichtiger Bestandteil für die Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit und der Menschenrechte ist. Von grosser Bedeutung sind hierbei die sozialen Menschenrechte, insbesondere die Ernährungssicherheit, die Wohn- und Arbeitssituation sowie das Recht auf Gesundheit (S. 92). Rathgeber (2009) äussert sich hier sehr klar und meint: «Der von Menschen induzierte Klimawandel beeinträchtigt und verletzt Menschenrechte.» (S. 34). Der Ansatz, die Menschenrechte in die Umweltbelangen einzubringen, löst sicherlich nicht alle Probleme der Klimaverhandlungen. Der Ansatz bietet jedoch die Möglichkeit jene Gruppen miteinzubeziehen, die am stärksten durch den Klimawandel in ihrer Existenz bedroht sind (ebd.). Um diese Problematik anzugehen, ist laut Stamm (2021) eine Zusammenarbeit mit Institutionen aus dem Gesundheits-, Bau- und Landwirtschaftssektor von Bedeutung. Mit Blick auf den Klimawandel sind die Menschenrechte ein wichtiges Instrument gegen eine Zerstörung der Umwelt. Im Gegensatz bildet eine Umweltkatastrophe eine grosse Gefahr für die Einhaltung der Menschenrechte (S. 92-93).

Staub-Bernasconi (2019) entwickelte in Bezug auf die Menschenrechte das Konzept des Tripelmandats. Neben den zwei Mandaten der Adressat*innen und der Gesellschaft definiert sie ein Mandat gegenüber der eigenen Profession. Dieses ist in zwei Dimensionen geteilt. Zum einen der

wissenschaftlichen Basis der professionellen Praxis, zum anderen eine auf Ethik basierende Soziale Arbeit nach der menschenrechtlichen Wertebasis. Die Soziale Arbeit benötigt ihren eigenen Ethikkodex, so dass sie auf gesellschaftliche Probleme reagieren und gegen ungerechte Systeme vorgehen kann. Somit muss sie sich nicht nur wissenschaftlich auseinandersetzen, sondern auch ethisch-moralisch. Die Menschenrechte unter besonderer Berücksichtigung von sozialer Gerechtigkeit bilden die ethischen Leitlinien für die Profession der Sozialen Arbeit (S. 87-88).

Aufgrund der Beeinträchtigungen der Menschenrechte durch den Klimawandel sieht Stamm (2021) eine Erweiterung des Tripelmandats als eine Möglichkeit. Das dritte Mandat kann um einen Zusatz der ökologischen Dimension der Menschenrechte ausgeweitet werden (S. 94).

Wenn die Soziale Arbeit sich dem Thema des Klimawandels aktiv annimmt, kann sie, laut Liedholz (2021), seine soziale Dimension besser verstehen. Ausserdem hat sie die Möglichkeit, den öffentlichen und politischen Diskurs zum Klimawandel mitzugestalten. In diesem Diskurs kann sie die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Menschenrechte hervorheben und wissenschaftlich begründen. Wie Stamm, sieht er dabei eine Kooperation mit anderen Gebieten wie beispielsweise den Rechts- und Klimawissenschaften als einen grossen Vorteil (S. 71).

Auch in der Unterstützung von Klimaklagen sieht Liedholz ein Handlungsfeld für die Soziale Arbeit. Sie könnte diese bekannter machen, unterstützen oder gar mit ihren Adressat*innen initiieren. Da sich die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession zu den Menschenrechten der dritten Generation bekennt, gibt ihr Mandat eine ethische Grundlage dafür. Insbesondere Klage junger Menschen sind hier bedeutend. Denn die Menschenrechte der dritten Generation umfassen auch die Gerechtigkeit zwischen den Generationen (ebd., S. 72).

3.2 Umweltgerechtigkeit

Der Begriff Umweltgerechtigkeit setzt sich aus den Begriffen Umwelt und Gerechtigkeit zusammen. Die Gerechtigkeit ist eine normative Grösse. Was für eine Person gerecht erscheint, kann eine andere Person als ungerecht empfinden. Es ist somit stets eine emotionale Komponente involviert. Der Begriff impliziert die Aufforderung Verantwortung zu übernehmen. Wer gerecht handeln will, muss dies bewusst tun und übernimmt eine Verantwortung anderen Personen gegenüber (Grafe, 2020, S. 2-3). Nach Stamm (2021) beschreibt die Gerechtigkeit in dem Ansatz Umweltgerechtigkeit vor allem eine Verteilungsgerechtigkeit. Alle sollen gleichermassen von Schutzmassnahmen und Partizipationsmöglichkeiten profitieren (S. 75). Nebst der Verteilungsgerechtigkeit spielen laut Grafe (2020) die Zugangsgerechtigkeit, die Vorsorgegerechtigkeit und die Verfahrensgerechtigkeit eine wichtige Rolle (S. 26).

Der Begriff der Umweltgerechtigkeit stammt aus den USA und wird seit den 1980er verwendet. Er bezieht sich darauf, dass Menschen mit einem niedrigeren sozioökonomischen Stand öfter und stärker von Umweltauswirkungen betroffen sind als Menschen mit einem höheren sozioökonomischen Stand. In den USA wird der Begriff häufig mit der Antirassismus-Debatte in Verbindung gebracht. Ethnische Minderheiten und People of Color sind stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. In Europa wird der Begriff seltener verwendet. Das Zentrum der Umweltgerechtigkeit bildet Schutzaspekt. Dieser bezieht sich auf die Risikominderung und die Abwehr von Gefahren. Marginalisierte Gruppen müssen so besser vor den Folgen des Klimawandels geschützt werden. Der Fokus wurde mit der Zeit erweitert zu einer gleichen Teilhabe an einer gesunden Umwelt (Stamm, 2021, S. 74).

Grafe (2020) definiert die Umweltgerechtigkeit wie folgt: «Umweltgerechtigkeit verfolgt das Ziel, sozialraumbezogene gesundheitsrelevante umweltbedingte Beeinträchtigungen zu vermeiden oder abzubauen.» (S. 26). Maschewksy definiert zusätzlich als Ziele die Verhinderung von neuen Umweltbelastungen, eine gerechte Verteilung der Umweltlasten und die Betroffenen sollen selbst entscheiden können, ob die ihnen zugemuteten Umweltbelastungen tragbar sind. Ausserdem erwähnt er explizit die Gleichbehandlung aller sozialer Gruppen in dieser Hinsicht (Maschewsky 2004 zit. in Stamm, 2021, S. 75). Somit umfasst ein ganzheitlicher Aspekt der Umweltgerechtigkeit sozialräumliche Gegebenheiten sowie sozioökonomische Faktoren (Grafe, 2020, S. 7).

Die oben erwähnte Priorisierung der Verteilungsgerechtigkeit, ist nach Stamm (2021) zu vergleichen mit den Arbeitsweisen der Sozialen Arbeit. Sie versteht unter sozialer Gerechtigkeit oftmals eine Verteilungsgerechtigkeit (S. 75). Nach Grafe (2020) bezieht sich die Verteilungsgerechtigkeit auf die Verteilung von Umweltlasten und Ressourcen im Sozialraum (S. 25).

Die Verbindung der Sozialen Arbeit und der Umweltgerechtigkeit ergibt sich laut Stamm (2021) durch die soziale Ungleichheit. Wenn eine Gruppe unzulässig benachteiligt wird, wie durch ungleiche Verteilung von Umweltlasten, führt dies zu einer sozialen Ungleichheit. Die Beseitigung einer solchen Ungleichheit ist eine der Kernaufgaben der Sozialen Arbeit. Um gegen diese vorzugehen, wurden Leitlinien für die Soziale Arbeit definiert. Sie beziehen sich auf die Rechte in den Bereichen Umwelteinflüsse, Gesundheit und Partizipation einzelner. Dabei können Sozialarbeitende nach dem ihnen bekannten Prinzip der Prävention handeln. Die betroffenen Personen und ihre Umwelt sollen in den Prozess miteinbezogen werden (S. 78-79). Denn der Schwerpunkt liegt auf der jeweiligen Lebenssituation der Menschen. Für einen wissenschaftlichen Ansatz müssen alle Komponenten, die zu einer Umweltgerechtigkeit führen, zusammengeführt werden (Grafe, 2020, S. 25).

Bei der Umsetzung sehen Willet et al. (2020) einige Herausforderungen. Wenn alle Umweltbelastungen beseitigt sind, existieren immer noch strukturell verankerte Benachteiligung einzelner Gruppen und Regionen. Dies muss von den Sozialarbeiter*innen stets beachtet werden. Die beste Möglichkeit bieten präventive langfristige Massnahmen, beispielsweise der Umstieg auf erneuerbare Energien, damit keine weiteren umwelt- und gesundheitsschädliche Projekte, wie der Bau eines Kohlekraftwerks, realisiert werden müssen. Die Soziale Arbeit kann hier als Vernetzerin fungieren, um diese Entwicklung zu fördern und politisch zu beeinflussen. Auf lokaler Ebene kann sie mit der Bevölkerung die Thematik angehen (zit. in Stamm, 2021, S. 80).

Schlussendlich bildet der Ansatz der Umweltgerechtigkeit eines der zentralen Elemente der Grünen Sozialen Arbeit (siehe Kap. 3.3).

3.3 Grüne Soziale Arbeit

Die Grüne Soziale Arbeit ist im englischsprachigen Diskurs insbesondere von Dominelli stark geprägt. Im deutschsprachigen Raum steht sie noch in den Anfängen (Husi, 2022, S. 300). Nach der Definition von Dominelli (2018) beschreibt die Grüne Soziale Arbeit einen ganzheitlichen, transdisziplinären Ansatz. Ein Kernkonzept der Grünen Sozialen Arbeit ist die Umweltgerechtigkeit. Wie in Kapitel 1.4 beschrieben, kritisiert sie das aktuelle sozioökonomische System. Die Ressourcenverteilung und der Umgang mit diesen muss neu überdenkt werden (S. 9). Neben der beruflichen Praxis bezieht sich die Grüne Soziale Arbeit auf die Lehre und Wissenschaft der Sozialen Arbeit (Husi, 2022, S. 300).

Die Grüne Soziale Arbeit handelt nach den drei Prinzipien „Think globally, act locally!“, „think long term, act now!“, „think holistically, act specifically!“ (Husi, 2012, S. 306). Dies bedeutet, dass die Grüne Soziale Arbeit im Jetzt spezifisch auf lokaler Ebene arbeitet, immer mit dem Blick in die Zukunft und die ganze Welt. Husi definiert dafür ein Elf-Punkte-Programm für die Professionelle Soziale Arbeit, plus je einen Punkt für die Lehre und die Wissenschaft (ebd., S. 307).

- Förderung grünen Personals
- Einrichtung der Organisationen Sozialer Arbeit nach ökologischen Richtlinien
- Grüne Super- und Intervision
- Unterstützung individueller grüner Lebensformen im Hinblick auf ein grünes gutes Leben
- Förderung grüner Zusammenlebensformen im lokalen Umweltpentagon (Stadt-, Gemeinde- und Quartierentwicklung, Dialog- und Kooperationsorganisation, Tauschnetzwerkbildung)
- Prävention umwelt-, besonders klimaschädlicher Praktiken mit sozialen und kulturellen Folgen
- Intervention bei alltäglichen sozialen und kulturellen Auswirkungen des Umwelt- und besonders des Klimawandels
- Naturkatastrophenhilfe einschließlich Nachbearbeitung
- Dokumentations-, Expressions- und Interpretationshilfe (Kulturprojekte, Schulsozialarbeit)

- Sozialintegrative und gesundheitsförderliche Soziale Arbeit im Grünen
- Umweltpolitisches Engagement im lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Kontext
- Ökologische Aus- und Weiterbildungen für Professionelle
- Systematischer Einbezug ökologischer, umweltsoziologischer und umweltpsychologischer Grundlagen in die Theoriebildung und empirische Forschung

Anhand dieser Punkte kann die Soziale Arbeit die Grünen Aspekte in ihrer Profession institutionalisieren (ebd., 307). Die Sozialarbeiter*innen, die eine Grüne Soziale Arbeit ausüben, können in folgenden Punkten tätig werden (Tab. 1) (Dominelli, 2018, S. 16).

Rollen / Handlungsmöglichkeiten Grüner Sozialarbeiter*innen	
Beschützen	Keine Schädigung von Menschen, der Flora und Fauna und der physikalischen Umwelt
Bewusstsein steigern	Mithilfe von verschiedenen Szenarios und alternativen Modellen (beispielsweise zu den Treibhausgasemissionen) das Bewusstsein in diversen Gruppen, Disziplinen und Gesellschaften steigern
Lobbyieren	Anwaltschaftlich auf nationaler und internationaler Ebene für politische Veränderungen im Bereich Umwelt einstehen. Aus lokaler Ebene präventive Massnahmen fördern.
Koordinieren	Koordination der verschiedenen Akteure (Stakeholder, Bewohnende, Aktivist*innen, etc.).
Mobilisieren	Communitys unterstützen, ihre Emissionen zu verringern und ein Bewusstsein für die Umwelt zu entwickeln.
Übersetzen	Den Wissensaustausch von lokalem Wissen und wissenschaftlichem Wissen zwischen lokalen Communitys und Fachpersonen aus der Wissenschaft führen.
Koproduzieren	Die lokale Bevölkerung und die Fachpersonen aus der Wissenschaft finden gemeinsam Lösungen zu einem bekannten Problem.
Dialog fördern	Den Dialog zwischen verschiedenen Disziplinen und in den Medien fördern, um umweltpolitische Massnahmen auf lokaler und globaler Ebene zu verändern.
Grünere Lehre	Grüne Sozialarbeitende setzen sich für eine Veränderung des Lehrgangs der Sozialen Arbeit ein. Dabei soll der Klimawandel, seine Folgen sowie Präventionsmöglichkeiten integriert sein.

Tabelle 1: Handlungsmöglichkeiten Grüne Soziale Arbeit (eigene Darstellung, nach Dominelli, 2018, S. 16)

Zudem definiert sie einen Handlungsrahmen für die Praxis der Grünen Sozialen Arbeit (Abb. 5). Dieser besteht aus sechs Schritten. Umrahmt wird der Handlungsrahmen von einem gesellschaftlichen Engagement. Dabei werden die Adressat*innen und wichtige Stakeholder in den Prozess miteinbezogen. Im ersten Schritt identifizieren sie gemeinsam offensichtliche Schwachstellen sowie Gefahren und beurteilen diese. Diese beziehen sich auf die soziale, kulturelle, politische, wirtschaftliche und physische Umwelt. Schliesslich werden sie zu einer *Risikobewertung* zusammengestellt. In diesem Teil spielt die Resilienz Bildung mit und die Selbstfürsorge soll in die Bewertung miteinfließen. Die Sozialarbeiter*innen müssen in diesem Schritt verschiedene Kommunikationsmittel anwenden können, je nach Gesellschaftsgruppe mit der sie arbeiten. Im

nächsten Schritt folgt ein Plan zur *Risikominderung*. Der bildet ein wichtiges Element für präventive Strategien. Auf Basis der Risikobewertung folgt die Gestaltung eines *Aktionsplans*. Dieser soll auf die lokalen Gegebenheiten angepasst sein. Nebst den Sozialarbeitenden werden auch Wissenschaften in diesen Prozess miteinbezogen. Beispielweise im Bereich der Naturgefahren ein*e Expert*in im Bereich der Umwelt. Der Aktionsplan soll präventive Massnahmen beinhalten und zukunftsgerichtet sein. Für die *Implementierung des Aktionsplan* dient die Resilienz als Ressource und bildet gleichzeitig die Basis. Wenn ein Ereignis die Resilienz der Community überschreitet, spricht Dominelli von einem *Schock*. Die Community fühlt sich zu wenig stabil, um das Ereignis zu bewältigen. Dann wird der Prozess über die lokale Ebene getragen. Der Aktionsplan erfordert eine stetige *Evaluation* (ebd., S. 14-15).

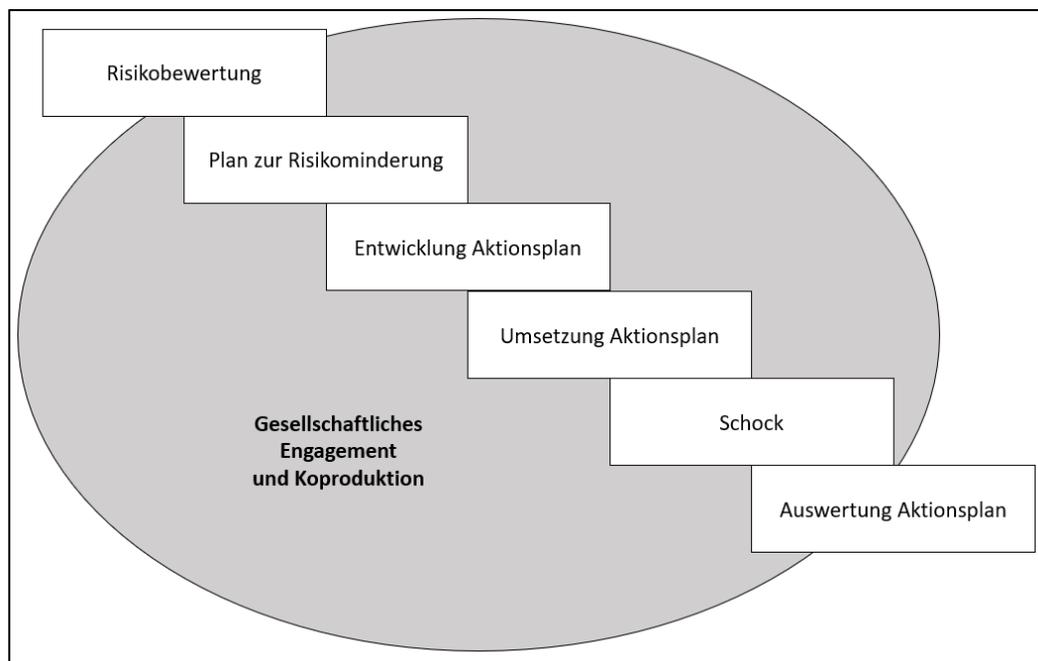


Abbildung 5: Grüne Soziale Arbeit: Handlungsrahmen für die Praxis (übersetzt. aus Dominelli, 2018, S. 14)

Die Fähigkeiten und die Methoden aus der Sozialen Arbeit können in der Grünen Sozialen Arbeit angewandt werden. Dies gestaltet den Wechsel einfach, die Hürden für Sozialarbeitende sind gering und es eröffnet sich ein neues Feld der Praxis (ebd., S. 15). Wie in den Erläuterungen zu der Grünen Sozialen Arbeit ersichtlich wird, handelt sie stets mit Stakeholdern aus verschiedenen Disziplinen zusammen.

Der Ansatz der Grünen Sozialen Arbeit wird auch kritisiert. So sieht Stamm (2021) in dem Ansatz kein konkretes Konzept oder eine Theorie. Der Ansatz vereint diverse Themen und Perspektiven ist aber nicht durch ein Alleinstellungsmerkmal geprägt. Trotz dieser Kritik ist nicht zu unterschlagen, dass der Ansatz die Debatte rund um die Praxisdimension einer ökologisch-kritischen Sozialen Arbeit in den letzten zehn Jahren stark geprägt hat (S. 46).

3.4 Fazit: Die Soziale Arbeit muss Handeln

Die Klimakrise beeinträchtigt die Menschenrechte und wo die Menschenrechte beeinträchtigt werden, muss die Soziale Arbeit handeln. Die Soziale Arbeit gibt sich mit dem dritten Mandat einen Auftrag zur eigenen Profession. Die Auswirkungen der Krise bilden ein moralisches Dilemma im Handeln von Sozialarbeiter*innen. Eine Erweiterung des dritten Mandats durch eine ökologische Komponente ist dadurch sinnvoll. Die Menschenrechte der dritten Generation fordern insbesondere eine intergenerationelle Gerechtigkeit. Deswegen ist es wichtig, das Sozialarbeitende junge Menschen, in ihrem Vorhaben bestärkt, etwas gegen die Krise zu unternehmen und sie unterstützt. Verknüpft mit den Menschenrechten ist die Umweltgerechtigkeit. Gerade marginalisierte Gruppen leiden stärker unter der Klimakrise. In dem Ansatz der Umweltgerechtigkeit müssen alle sozialen Gruppen gleichbehandelt werden. Ansonsten entsteht eine soziale Ungleichheit. Die Soziale Arbeit ist verpflichtet, dies präventiv anzugehen. Dabei muss sie auf die Lebensbedingungen der einzelnen Rücksicht nehmen. Nicht vergessen werden darf, dass durch die Lösung von Umweltungerechtigkeit nicht alle Probleme verschwinden. Gewisse Gruppen und Regionen sind einer jahrelangen strukturellen Benachteiligung ausgesetzt.

Die Umweltgerechtigkeit bietet die Basis für die Grüne Soziale Arbeit. Die Ressourcen müssen umverteilt werden und es braucht ein Umdenken im heutigen wirtschaftlichen System. Es soll im Jetzt so gehandelt werden, dass zukünftige Generationen nicht benachteiligt werden. Die Menschenrechte, die Umweltgerechtigkeit und die Grüne Soziale Arbeit fordern eine gerechte Verteilung der Umweltlasten und einen Schutz für marginalisierte Gruppen.

4 DIE SOZIALE ARBEIT IM SCHWEIZER POLITIKSYSTEM

Wie im Kapitel 1.5 erläutert, bezieht sich diese Arbeit auf eine mögliche Prävention von sozialen und kulturellen Problemen durch politische Pflichten der Sozialen Arbeit. Dafür muss die Soziale Arbeit in dem Schweizer Politiksystem verordnet werden. Das geschieht anhand der Sozialpolitik und ihrem Verhältnis zu der Sozialen Arbeit. Daraufhin wird die Umweltpolitik in der Schweiz beleuchtet. Zum Schluss werden die möglichen Handlungsfelder der Sozialen Arbeit in der Umweltpolitik betrachtet. Am Ende des Kapitels soll die Frage: «*Welche Rolle nimmt die Soziale Arbeit in der Schweizer Umweltpolitik ein?*» beantwortet werden.

4.1 Sozialpolitik und politische Soziale Arbeit

Die Sozialpolitik ist das Politikfeld, das inhaltlich die Sozialen Themen abdeckt und somit auch Bezug zur Sozialen Arbeit nimmt. Um die Zusammenhänge zu betrachten, wird die Entstehung der Sozialpolitik aufgezeigt und ihre Überschneidungen mit der Sozialen Arbeit. Zum Schluss wird der Bogen zur Sozialarbeitspolitik gespannt.

4.1.1 Sozialpolitik

Degen (2015) definiert sämtliche Bestrebungen für die Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen Position sowie die Verhinderung eines sozialen Abstiegs als Sozialpolitik. Ihren Ursprung trägt die Sozialpolitik in den Rechten der Arbeiterschaft während der Industrialisierung. Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges erhält die Sozialpolitik eine umfassendere Funktion in der Gesellschaft. Während sie sich in ihren Anfängen um die reine Nothilfe bemühte, kamen stets weitere Aufgaben, wie der soziale Ausgleich, hinzu. Dies in Form von Beratungen und Betreuung, ausgeführt durch die Soziale Arbeit. Auch diese erfuhren einen grossen Wandel. Wo früher die Kirche, private oder die Gemeinden zuständig waren, erhielt der Bund und die Kantone zunehmend Kompetenzen. Trotz dieser Entwicklung spielen die Kirchen und Private noch immer eine wichtige Rolle in der Sozialpolitik.

Weiter reichende Definitionen von Sozialpolitik deuten nach Bettinger (2012) darauf hin, dass sozialpolitische Massnahmen in allen Politikfeldern zu finden sind. So dient die Sozialpolitik als eine Interventionsform. Sie stellt die soziale Absicherung sicher, ebenso wie die Gestaltung von Lebensbedingungen und Partizipationschancen diverser Gruppen in der Gesellschaft (S. 345).

Zur Rolle bezüglich der Sozialen Arbeit in der Sozialpolitik gibt es verschiedene Ansichten. Überwiegend wird die Soziale Arbeit jedoch als eine Profession angesehen, die stark von dem Staat und der Politik abhängig ist. Sie wird als ein Instrument der Sozialpolitik genutzt (ebd.). So setzt die Sozialpolitik den Rahmen für die Soziale Arbeit. Sozialarbeitende setzen sozialpolitische Massnahmen um und sie bietet den Handlungsspielraum sowie die Grenzen für die Soziale Arbeit. Dennoch sind Themen der Sozialen Arbeit in allen Politikfeldern zu finden. Und Sozialpolitik ist keinesfalls gleichzusetzen mit der Profession der Sozialen Arbeit. Wo die Sozialpolitik sich auf bestimmte Personen- oder

Gesellschaftsgruppen fokussiert, setzt sich die Soziale Arbeit mit den Individuen auseinander. Insbesondere mit denen, auf die die Sozialpolitik nicht zurückgreift (Benz und Rieger, 2015, S. 31).

4.1.2 Sozialarbeitspolitik

Laut Benz und Rieger (2015) ist die Soziale Arbeit in der Politik tätig. Durch ihre Einrichtungen und Verbände gestaltet sie die Rahmenbedingungen für ihre Adressat*innen und bringt sich in der Politik ein. So definierte die International Federation of Social Workers 1994 die Soziale Arbeit als Profession, die unter anderem den sozialen Wandel fördert und die Grundlagen für die Menschenrechte und eine Soziale Gerechtigkeit in der Politik implementiert. Wenn die Soziale Arbeit ein politisches Mandat in Anspruch nimmt, muss dieses systematisch theoretisch begründet werden. Die Soziale Arbeit weist ein enges Verhältnis zur Politik auf. So muss die Soziale Arbeit sozialpolitische Entscheide ausführen und sie erhält ihre Berechtigung und ihre Ressourcen durch politische Entscheide. Aus diesem Aspekt heraus kann die Soziale Arbeit nicht unpolitisch handeln (S. 37-41).

So muss die Soziale Arbeit ihre Adressat*innen politisch beraten und im Umgang mit den politischen Machtstrukturen befähigen. Zu ihren Methoden gehören auch die Sozialplanung, das Soziallobbying, die Öffentlichkeitsarbeit und das Community Organizing. Somit ist das politische Handeln der Sozialen Arbeit unabdingbar, damit eine Inklusionsvermittlung, Exklusionsvermeidung und eine Exklusionsverwaltung angeboten werden kann. Denn das politische Ohnmachtsgefühl wächst dort, wo Menschen aus dem Bildungs- und oder Arbeitsbereich herausfallen. Ihre Adressat*innen müssen im politischen Umgang gebildet werden und Beteiligungsprozesse sind zu institutionalisieren (ebd.).

	Dimension	Erscheinungsform
Policy	Inhalt	Regelungsursachen; Aufgaben und Ziele; Programme und Regelungen; Folgen und Nebenfolgen
Polity	Form	Verfassung; Politiktypen; Steuerungsarten; Normen; Paradigmen; Institutionen; Ebenen
Politics	Prozess	Akteure; Interessen; Konsens und Konflikt; Machtkämpfe

Abbildung 6: Dreidimensionaler Politikbegriff (Benz und Rieger, 2015, S. 45)

Wie oben aufgezeigt, benötigt die Wissenschaft der Sozialen Arbeit eine Politikwissenschaft. Die Politik der Sozialen Arbeit wird hierbei auch Sozialarbeitspolitik genannt. Diese befasst sich mit den drei Teilbereichen der Politik (Abb. 6). Im Teilbereich der Policy ist zu klären, welche Themen und Inhalte für die Sozialarbeitspolitik relevant sind. Unter Polity gilt es ausfindig zu machen, im Rahmen welcher politischen Instrumente diese zustande kommen und mit welchen politischen Prozessen dies geschieht

(Politics). Die Politikfeld der Sozialarbeitspolitik hat nebst der Sozialpolitik mit zahlreichen Politikfeldern eine Überschneidung.

Für das methodische Vorgehen ergeben sich vier Dimensionen. Die Politikimplementation, die Interessenvertretung, die Politikberatung und die politische Bildung (ebd., S. 42-48).

Die *Politikimplementation* ist die Basis für weiteres politisches Handeln. Die Soziale Arbeit setzt (sozial)politische Massnahmen um und passt sie den individuellen Bedürfnissen der Adressat*innen an. Somit handelt sie politisch in der Umsetzung jener Massnahmen und dort, wo sie Gebrauch von ihrem Handlungsspielraum macht. Die Handlungsbedingungen, die sich für die Soziale Arbeit stellen, müssen reflektiert werden. Zudem muss sie ein politisches Bewusstsein entwickeln. Erst nach diesem Schritt kann sie professionell politisch handeln (ebd., S. 46-47).

Die *Interessenvertretung* versteht ein Lobbying der Sozialen Arbeit. Damit ist jeglicher Versuch gemeint, der auf die Einflussnahme politischer Entscheidungsträger*innen abzielt. Die Soziale Arbeit vertritt die Interessen ihrer Profession ebenso wie die Interessen ihrer Adressat*innen. Diese versucht sie auf politischer Ebene durchzusetzen. Ein wesentliches Element des Lobbyings ist die Öffentlichkeitsarbeit. Die Interessen können so einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden. Die Politik braucht für ihre Arbeit eine Legitimation. Die Soziale Arbeit bietet im Gegenzug die Ausführung von politischen Entscheiden sowie eine Politikberatung. Die Interessenvertretung findet nebst dem Lobbying auch in Gremien statt. In der Jugendarbeit ist es beispielsweise gängig, dass die Jugendarbeiter*innen einen Sitz in der Jugendkommission haben (ebd.).

Wie im Lobbying erwähnt, bietet die Soziale Arbeit *Politikberatung*. Zu den Elementen der Politikberatung zählen die Information, die Aufklärung und die Irritation der Politik. Der Grundgedanke dabei ist es, die Politik über die Entstehungs- und Produktionsbedingungen von sozialen Problemen aufzuklären. Eine verständliche Kommunikation, wissenschaftliche Absicherung und eine reflektierte Haltung gegenüber den Durchsetzungsbedingungen von Lösungsansätzen zeichnet eine professionelle Politikberatung aus (ebd.).

Die Soziale Arbeit hat die Verpflichtung, *politisch zu bilden*. Personen, die keinen oder einen schweren Zugang zum politischen System haben, werden durch die Soziale Arbeit befähigt, daran teilzunehmen. Die Adressat*innen sollen so weit befähigt werden, dass sie selbstbestimmt an politischen Prozessen teilhaben können. Die Befähigung wird mittels drei Punkten angegangen. Die Förderung demokratischer Einstellungen und die Unterstützung beim Benennen und Durchsetzen der eigenen Interessen (ebd., S. 47-48).

4.2 Schweizer Umweltpolitik

Um die Zusammenhänge der Sozialen Arbeit und der Umweltpolitik zu verdeutlichen, wird die Umweltpolitik in der Schweiz betrachtet. Bereits im zweiten Artikel der Bundesverfassung, dem Zweck, kann der Umweltgedanke impliziert werden. So soll die natürliche Lebensgrundlage dauerhaft erhalten bleiben. Unter Abschnitt 4 der Bundesverfassung legt der Bund Grundlagen für den Umweltschutz, unter anderem explizit für das Wasser, den Wald und den Natur- und Heimatschutz (admin.ch, 2022a).

4.2.1 Umweltpolitisches Diskurs – der letzten 50 Jahre

Zwischen 1970 und 2023 wurde über 33 Volksinitiativen, die im Zusammenhang mit der Umwelt betrachtet werden können, abgestimmt. Die Initiativen sind in den Sparten Energie, Mobilität, Natur und Landwirtschaft sowie Bau angesiedelt (Tab. 2). Eine detaillierte Auflistung der Initiativen befindet sich im Anhang A. Es wird sich dabei auf keine Vollständigkeit berufen.

Sparte	Gesamt	Angenommen	Abgelehnt
<i>Energie</i>	9	1	8
<i>Mobilität</i>	11	1	10
<i>Natur und Landwirtschaft</i>	10	1	9
<i>Bau</i>	3	1	2

Tabelle 2: Volksabstimmungen nach Umweltsparte (eigene Darstellung)

Lediglich vier der Volksinitiativen wurden von den Schweizer Stimmbürger*innen angenommen. Die vier angenommenen Volksinitiativen können alle in einer anderen Sparte angesiedelt werden. Dies sind:

- Natur und Landwirtschaft Schutz der Moore – Rothenturm Initiative
(Abstimmung vom 06.12.1987)
- Energie Moratorium zum Stopp des Atomkraftwerkbau
(Abstimmung vom 23.09.1990)
- Mobilität zum Schutze des Alpengebiets vor den Transitverkehr
(Abstimmung vom 20.02.1994)
- Bau Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen!»
(Abstimmung vom 11.03.2012) (admin.ch, 2023)

Diese Aufzeichnung zeigt, dass aus der Bevölkerung regelmässig die Thematik Umwelt hervorgebracht wird. Jedoch hat sie einen schweren Stand. Die Umweltpolitik kann nur agieren, wenn die Bevölkerung und somit die Gesellschaft hinter den Bestrebungen steht.

Nebst den Bestrebungen aus Teilen der Bevölkerung hat der Bund die Umweltpolitik vorangetrieben. Auf internationaler Ebene geht sie die Thematik gemeinsam mit allen UNO-Staaten an (vgl. Kap. 4.2.2).

4.2.2 Umweltpolitisches Diskurs – Heute

Laut dem Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation [UVEK] (2023) gehört der Schutz der Umwelt zu einer der zentralen Aufgaben des Staates. Die Aufgaben werden unterteilt in In- und Ausland. Im Inland zielt der Bundesrat einen schonenderen Umgang mit den natürlichen Ressourcen an. Die Bemühungen weisen bereits einige Erfolge auf. So entsprechen die meisten Seen und Flüsse der Trinkwasserqualität, die Luftqualität konnte verbessert werden und der Wald ist intakt. Ebenfalls wird ein ganzheitlicher Schutz von Lebensräumen, Ökosystemen und der Tier- und Pflanzenarten angestrebt. Im Ausland engagiert sich die Schweiz auf globaler Ebene für wirksame Massnahmen zum Klimaschutz und unterhält diverse bilaterale Beziehungen.

Am 18. Juni konnte das Schweizer Stimmvolk über das Klima- und Innovationsgesetz abstimmen und hat es angenommen. Die Schweiz muss nun ihren Verbrauch von Erdöl und -gas senken. Bis 2050 soll die Klimaneutralität erreicht werden (ebd.).

Im September 2015 verabschiedete die Schweiz gemeinsam mit allen UNO-Staaten die Agenda 2030. Nach zwei Konsultationen und einem Dialog unterbreitete die Schweiz 2018 ihren Länderbericht zur Umsetzung der Ziele der UNO. Im Jahr 2020 veröffentlichte die Schweiz ihre neue Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung [SNE] und darin flossen die Ziele der Agenda 2030 mit ein. Die Realisierung der Agenda 2030 in der Schweiz unterliegt dem Bundesrat. Die Verantwortlichkeit obliegt dem Bundesamt für Raumentwicklung [ARE] und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit [DEZA]. Die Agenda 2030 besteht aus 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung mit insgesamt 169 Unterzielen. Sie bezieht sich dabei auf die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension einer nachhaltigen Entwicklung und soll von allen UNO-Mitgliedstaaten erreicht werden. Auch nichtstaatliche Akteure sollen ihren Beitrag dazu leisten (admin.ch, 2022b). Sie bezieht sich somit auf das drei Konzeptionen Modell der Nachhaltigkeit (vgl. 1.4). Wie sich aber zeigt, fällt es schwer, diese drei Dimensionen in der Umsetzung zu verbinden und die Agenda 2030 wird von verschiedenen Seiten kritisiert. So zeigt Humanrights (2022) auf, dass es die Schweiz noch nicht geschafft hat, nichtstaatliche Akteure genügen einzubeziehen. Der Schweizer Finanzplatz investiert Milliarden in Fossile Energien. Laut dem Sustainable Development Reports 2021 gehört die Schweiz zu den Top fünf Staaten, die das Erreichen der Ziele in anderen Staaten erschweren. Im Fokus steht hierbei die Finanzplatz-Regulierung. Schweizer Unternehmen mit Sitzen weltweit verdienen einiges an Steuereinnahmen. Diese Einnahmen fehlen in anderen Staaten.

Doch nicht nur der Bund betreibt Klimaschutzmassnahmen. Viele Kompetenzen bleiben bei den Kantonen und Gemeinden hängen. So hat der Kanton Basel-Stadt hat als erster Schweizer Kanton 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Die Stimmbewölkerung in Basel-Stadt hat im November 2022 den Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative angenommen. Bis 2037 soll Basel-Stadt nun ihre

Treibhausgasemission auf netto null senken (Kanton Basel-Stadt, ohne Datum). Die Kantone und Gemeinden müssen die Veränderungen gemeinsam mit dem Bund voranbringen.

4.3 Soziale Arbeit und Umweltpolitik

In den vorgehenden Kapiteln wurde der Zusammenhang zwischen der Sozialen Arbeit und des Klimawandels hergestellt, die Soziale Arbeit in Kontext mit der Sozialpolitik gesetzt und die Schweizer Umweltpolitik aufgezeigt. Wie in Kapitel 1.3 aufgezeigt, soll sich die Soziale Arbeit für sozialpolitische und gesellschaftliche Verbesserungen einsetzen. Der Klimawandel hat einen grossen Einfluss auf unser gesellschaftliches Zusammenleben (vgl. Kap. 2). Mit dem Ansatz der Grünen Sozialen Arbeit (vgl. Kap. 3.3) ergibt sich für die Soziale Arbeit ein Handlungsfeld in der Umweltpolitik.

Husi (2022) definiert ein Elf-Punkte-Programm für Professionelle der Sozialen Arbeit, um Grüne Soziale Arbeit umzusetzen. In einem Punkt wird das Wirken der Sozialen Arbeit in der Umweltpolitik definiert. Dabei bezieht er sich auf die fünf Handlungsfelder, in denen die Soziale Arbeit tätig werden kann. Diese sind Lobbying, Politikberatung, politische Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Community Organizing (S. 307).

Wenn die drei Berufsfelder der Sozialen Arbeit, Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Soziokulturelle Animation anhand ihrer gesellschaftlichen Aufgaben betrachtet werden, wird ersichtlich, dass die Soziokulturelle Animation für ein veränderungswertes Zusammenleben steht (Abb. 7). Somit ist sie für eine Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zuständig. Durch den Einfluss des Klimawandels auf das gesellschaftliche Zusammenleben ist die Soziokulturelle Animation als Berufsfeld prädestiniert, sich dieser Aufgabe anzunehmen (Husi und Villiger, 2012, S. 56).

Berufsfeld/-profil	Gesellschaftliche Aufgabe	Gegenstände (Soziale Arbeit an)	Tätigkeiten (Soziale Arbeit als)	Zielgruppen (Soziale Arbeit für)
Sozialarbeit	Inklusion	veränderungswerte individuelle äussere Lebensgrundlagen	nachrangige Inklusionshilfe	z.B. Arme
Sozialpädagogik	Sozialisation	veränderungswerte Subjektivität	nachrangige Sozialisationshilfe	z.B. Behinderte
Soziokulturelle Animation	Kohäsion	veränderungswertes Zusammenleben	nachrangige Kohäsionshilfe	z.B. Quartierbevölkerungen

Abbildung 7: Differenzierung der Berufsfelder Sozialer Arbeit (Husi und Villiger, 2012, S. 56)

Jedoch nicht nur die Soziokulturelle Animation, sondern alle drei Berufsfelder der Sozialen Arbeit können sich in den fünf Handlungsfeldern betätigen. Wie im Kapitel 4.1.2 aufgezeigt, hat die Politik der Sozialen Arbeit auf die Ursache von gesellschaftlichen Problemen aufmerksam zu machen. Durch eine ausreichende gesellschaftliche Arbeit in allen fünf Handlungsfeldern kann sie dies auch in der Umweltpolitik tun und ist nicht auf die Sozialpolitik beschränkt.

4.4 Fazit: Die Soziale Arbeit ermöglicht den Zugang zur Politik

Die Profession der Sozialen Arbeit betreibt seit ihren Anfängen Politik. Das Politikfeld der Sozialarbeitspolitik ist nicht auf die Sozialpolitik beschränkt und sie hat genügend Handlungsmöglichkeiten, um ihre politische Aktivität auf weitere Politikfelder auszuweiten. Als Gesellschaftsprofession nimmt sie dabei eine wichtige Rolle im Schweizer Politiksystem ein. Insbesondere die politische Bildung ist ein wichtiges Mittel. Damit können Sozialarbeiter*innen ihre Adressat*innen den Zugang zum politischen System ermöglichen und sie befähigen. Namentlich die Personengruppen, die den Anschluss an das politische System verloren haben. Denn politische Entscheide können nur dann zielführend umgesetzt werden, wenn die Gesellschaft dahintersteht. Genau da kann und soll sich die Soziale Arbeit einbringen.

5 FORSCHUNGSDESIGN

Das Forschungsdesign bildet die Grundlage, um die Frage: «*Wie soll sich die Soziale Arbeit in der Umweltpolitik positionieren?*» zu beantworten. In den Kapiteln 2 und 3 wurden die Bezüge zwischen der Klimakrise und der Sozialen Arbeit hergestellt. In Kapitel 4 die Rolle der Sozialen Arbeit in der Umweltpolitik. Anhand der Interviews soll aufgezeigt werden, inwiefern die Bezüge in der Politik gemacht werden und welche Handlungsansätze sich für Professionelle der Sozialen Arbeit ergeben. Nachfolgend wird das methodische Vorgehen der Forschung erläutert.

5.1 Methodik

Für die Erhebung der Daten wurden Interviews mit Expert*innen durchgeführt. Da die einzelnen Personen als Vertreter*innen einer Gruppe dienen, eignet sich nach Bogner et al. (2014) das theoriegenerierende Interview. Dabei zielt die Erhebung auf das Deutungswissen der befragten Personen ab. Nebst dem Fachwissen der befragten Personen werden ebenfalls die Zusammenhänge und der eigene Handlungsrahmen abgefragt (S. 25). Gerade in der Politik sind die gemachten Erfahrungen und eigenen Handlungsmuster ein wichtiger Bestandteil der Ausführung. Ziel ist es, ein Meinungsspektrum abzuholen. Die Interviewpartner*innen wurde anhand eines Leitfadens befragt. Der Leitfaden bietet eine thematische Strukturierung, ist jedoch offen gestaltet. So kann das Deutungswissen der Interviewpartner*innen abgeholt werden (ebd.). Das Interview wurde in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil wurde nach dem Bisherigen gefragt. Damit soll ein Bild entstehen, welche Bezüge zwischen Sozialen- und Umweltthemen in der Politik bereits diskutiert werden und welche Rolle die Soziale Arbeit in dieser Diskussion einnahm. Im zweiten Teil folgte eine Einschätzung dessen. Dabei wurde auf das Deutungswissen der Interviewten Personen abgezielt. Ein Ausblick und mögliche Handlungsansätze für die Soziale Arbeit und die Politik wurden im dritten Teil erfasst. Dabei konnten die Interviewpartner*innen nebst der politischen Auseinandersetzung ihre persönliche Meinung miteinfließen lassen. Mittels des Leitfadens wurde zum einen die Erzählfreiheit der Interviewpartner*innen gefördert, zum anderen sollte eine Vergleichbarkeit der Interviews gewährleistet werden.

5.2 Sampling

Durch den föderalistischen Aufbau des Schweizer Politiksystems haben Bund, Kantone und Gemeinden unterschiedliche Kompetenzen. Im Bereich Umwelt sind die Kompetenzen des Bundes klar geregelt und werden im Kapitel 4.2 aufgezeigt. Die Handlungsbereiche der Kantone und Gemeinden unterscheidet sich stark. Um die Interviews vergleichen zu können, wurden Politiker*innen gesucht, die auf der gleichen politischen Ebene ihr Amt ausführen. Institutionen der Sozialen Arbeit, insbesondere die Soziokulturellen Animation, sind meistens auf kommunaler Ebene tätig. Aus diesem Grund wurde entschieden, Kommunalpolitiker*innen für die Interviews auszuwählen. Gleichzeitig soll

ein möglichst umfassendes Meinungsspektrum abgeholt werden. Dafür sollen zwei Politiker*innen die einer Mitte-Rechts Partei und zwei einer links-grünen Partei angehören, befragt werden. Um eine Geschlechterungleichheit auszuschliessen, soll jeweils eine Person männlich und eine Person weiblich gelesen sein. Daraus ergab sich folgende Auswahlmatrix (Tab. 3).

Geschlecht	m	w
Mitte-Rechts	Interview 1	Interview 2
Links-Grün	Interview 3	Interview 4

Tabelle 3: Auswahlmatrix Interviews (eigene Darstellung)

Aufgrund einer kurzfristigen Absage fand das vierte geplante Interview leider nicht statt. Aus zeitlichen und organisatorischen Gründen konnte keine neue Interviewpartnerin gefunden werden.

5.3 Datenerhebung

Um die Daten zu erheben, wurden drei Interviews mit Expert*innen geführt (Kap. 5.2). Dabei wurden anhand der Auswahlmatrix passende Personen für ein Interview angefragt. Die Interviews fanden im jeweiligen gewohnten Umfeld der interviewten Person statt. Um die Interviews anschliessend auszuwerten, soll laut Bogner et al. (2014), soviel festgehalten werden wie nötig. Bei Interviews mit Expert*innen lohnt es sich, eine Tonaufnahme zu machen (S. 39-40). Alle Expert*innen haben der Tonaufnahme zugestimmt. Hier ist es von Bedeutung, die Anonymisierung der Aussagen zu gewährleisten. Aus diesem Grund wurden alle Nennungen, die Rückschlüsse auf die Personen geben könnten, anonymisiert und/oder angepasst. Da die Interviews der Theoriegenerierung dienen sollen, wurde eine vollständige Transkription angefertigt (ebd., S. 40-41). Wie unter 5.1 erläutert, beantworteten alle Interviewpartner*innen den selben Leitfaden. Dies soll der Vergleich zwischen den Interviews ermöglichen.

5.4 Datenaufbereitung und -auswertung

Laut Bogner et al. (2014) ist es für die Auswertung zur Theoriegenerierung von Bedeutung, die Aussagen der Interviewpartner*innen nicht als Fakten, sondern als Deutungswissen zu verstehen (S. 75). Denn die Realität ist das Resultat vielfältiger Aushandlungsprozesse. So wird der Fokus auf die Werte, Prinzipien und Regeln hinter den Aussagen gelegt (ebd., S. 76). Um die Interviews auszuwerten, wird der Ansatz der Grounded Theory angewendet. Dabei wird induktiv vorgegangen, das heisst, die Analyse geht von den gemachten Aussagen aus. Die Auswertung folgt dabei folgenden vier Punkten.

1. Kodieren
2. Thematischer Vergleich
3. Soziologische Konzeptionalisierung
4. Theoretische Generalisierung

Im ersten Schritt werden somit die einzelnen Interviews kodiert. Dabei werden den Interviewaussagen Begriffe zugeordnet. Der systematische Aufbau des Interviews wird aussenvorgelassen. Die gleichen Codes können im gesamten Interview vorkommen, ohne auf den Aufbau Rücksicht zu nehmen. In einem zweiten Schritt werden die Codes der einzelnen Interviews verglichen. Gleiche oder ähnliche Codes können zusammengefasst und angeglichen werden. Dabei muss beachtet werden, dass eine allzu grosse Generalisierung vermieden wird. In diesem Schritt kann bereits herausgefiltert werden, welche Punkte in allen oder nur in einzelnen Interviews auftauchen. So können die einzelnen Codes individuell gewichtet werden. Im nächsten Schritt, der Soziologischen Konzeptionalisierung, werden die Codes zu Kategorien gebündelt. Die Kategorien sollen eine theoretische Beschreibung der Aussagen möglich machen. Dies ermöglicht eine Verknüpfung mit Theorien und weiterreichender Literatur (ebd., S. 78-90). Die erstellten Verknüpfungen zwischen Theorien und der getätigten Aussagen werden im nächsten Kapitel dargestellt.

6 DARSTELLUNG DER FORSCHUNGSERGEBNISSE

Nachfolgend werden die Ergebnisse aus den qualitativen Interviews dargestellt. Wie in Kapitel 5.4 dargestellt, wurden die Transkripte anhand ihrer Aussagen kategorisiert und die Interviews miteinander verglichen. Die Kategorien werden anhand der Literatur in dieser Arbeit theoretisch begründet und mit Aussagen aus den Interviews verknüpft. Im Fokus steht die Forschungsfrage: «*Wie soll sich die Soziale Arbeit in der Umweltpolitik positionieren?*». Um diese Frage zu beantworten, werden zuerst die Zusammenhänge zwischen der Themen der Umwelt- und Sozialpolitik sowie der Sozialen Arbeit hergestellt.

6.1 Kategorisierung

Nach der Kategorisierung stellten sich fünf Hauptkategorien heraus. Die erste Kategorie, Umwelt und Soziales, zeigt Zusammenhänge zwischen Sozial- und Umweltthemen auf. Darauf folgt die Politik. Darin werden die Zusammenhänge der einzelnen Politikfelder aufgezeigt. Abschliessend folgt der Bezug zur Sozialen Arbeit anhand dem Auftrag und möglicher Handlungsansätze.

6.2 Umwelt und Soziales

Ein Zusammenhang zwischen den zwei Themenbereichen Umwelt und Soziales wird im politischen Diskurs vor allem in den Bereichen Mobilität und Wohnen wahrgenommen.

«Es ist einfach ein Teil, es gehört natürlich auch dazu, also die Sozialpolitik betrifft ja grundsätzlich die ganze Lebensformen und dort in den Lebensformen drin spielt natürlich die Mobilität auch eine gewisse Rolle.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.377-379)

«Also im Prinzip ist schon das ganze handeln, wo wir jetzt in allen Bereichen drin haben. Sei das in der Schule, sei das im Verkehr, sei das bei der Bautätigkeit oder auch im Sozialbereich drin oder wo auch immer natürlich die Gedanken von Umweltschutz/ die Gedanken von der er Klimapolitik sind überall irgendwo verankert.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.396-400)

Bei der Mobilität stehen Bemühungen aus Sicht der Umweltperspektive im Vordergrund, aber auch soziale Themen spielen mit ein. So laufen verschiedene Bestrebungen den nichtmotorisierten Individualverkehr zu fördern. Zum einen den Fuss- und Veloverkehr sicherer und zum anderen den privat motorisierten Verkehr unattraktiver zu gestalten. Ebenfalls setzten sich die Gemeinden für eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr ein.

«[...] ein Projekt gewesen [zum Fussverkehr] ist, wo wir hier auch mit zwei Quartiervereinen ähm aktiv dabei gewesen sind, auch Quartierrundgänge gemacht haben und dann geschaut, wo das man das verbessern kann.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.319-321)

«[...] dass man den Veloverkehr tut ähm verbessern und immer auch entsprechende Fahrradrouten aufnimmt.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.345-347)

«Ähm aber gerade so Velo-Ausbauwege, das hat damit auch zu tun, dass man vermehrt auch den Autoverkehr substituieren will und was attraktiver ist führt vielleicht eher dazu, dass die Leute zumindest innert der Gemeinden dann vom Auto umsteigen.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.360-363)

«[...] flächendeckend Tempo 30, also die Umkehr grundsätzlich. In den Städten Tempo 30, aber in Ausnahme ist Tempo 50 möglich. Heute ist es Tempo 50 generell und ausnahmsweise darf man Tempo 30.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.217-219)

«Und ja, wir setzen uns ein [Ausbau öffentlicher Verkehr], das heisst wir tun da unsere Meinungen im Kanton kommunizieren» (Interview 3, 24. Mai 2022, Z.189-190)

Dabei sei zu beachten, dass Personen aus der Sozialhilfe einen kleineren Beitrag zum Verkehr leisten als andere. Dies kann wiederum einen positiven Einfluss auf den Verkehr haben und schafft einen direkten Bezug zwischen Umwelt- und Sozialpolitik.

«Gewisse Einflüsse hat es natürlich, weil ich denke auch also gerade Personen wo in der Sozialhilfe drin sind oder mit der Sozialhilfe zu tun haben, haben natürlich weniger Anteil jetzt zum Beispiel an ähm dem Verkehr. Also mit Individualverkehr sind natürlich eher Leute, wo dann nicht unbedingt mit dem Auto unterwegs sind, sondern eher auf den öV ausweichen müssen, zwangsläufig weil man das einerseits nicht zulässt, dass Leute die staatliche Unterstützungen bekommen, noch zusätzlich mit dem Auto herumfahren, das verursacht immer wieder Kosten. Also sind die eher mit dem öV unterwegs. Das kann einen positiven Einfluss haben natürlich, indem dass weniger Autos gebraucht werden. Das ist jetzt so ein bisschen ein Punkt wo ich mir einen Zusammenhang vorstellen könnte, aber sonst sehe ich jetzt den direkten Zusammenhang nicht gerade. (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.78-88)

Mit der Thematik der Sozialhilfe spielt auch die Preisgestaltung des öffentlichen Verkehrs eine Rolle. Dazu existieren verschiedene Ansichten. Zum einen gibt es Angebote für einen günstigeren öffentlichen Verkehr. Zum anderen wird jedoch herausgehoben, dass der öffentliche Verkehr nicht umsonst sein soll. Dies, da auch das Reisen mithilfe des öffentlichen Verkehrs Emissionen ausstösst.

«Also jetzt speziell liegt kein Angebot, wo man jetzt gemeindespezifisch anbieten würde, nach meinem Wissen vor. Ausser einfach die vier, sechs oder acht Stück [Tageskarten], wo wir zu einem vergünstigten Preis zur Verfügung stellen.» (Interview 3, 24. Mai 2022, Z.239-241)

„Persönlich finde ich, darf der öV nicht gratis sein. Ähm man muss auch mit dem mit dem gut und bewusst umgehen und das geht halt auch über den Preis. Beim Auto rechnet man zum Teil nicht [den Preis] nicht ein, weil man ja halt ein Auto hat. [...] Was man bei einem Einzel-Billet oder bei einem Billet für eine Familie dann auch Zahlen muss und einrechnet für den Bus oder für den Zug. Das rechnet man mit dem Auto in der Regel nicht ein.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.197-202)

Ähnlich wie bei der Mobilität spielt bei dem Wohnen die Thematik der Sozialhilfe eine Rolle. Dabei wird die Verbindung zur Umwelt mit energietechnischen Massnahmen hergestellt, wie beispielsweise durch das Heizen.

«[...] sagt man, die Gemeinde stellt einen gewissen Anteil als Sozialwohnungen selbst zur Verfügung, die müsste sich dann in den in den Immobilienmarkt hineingeben und dann hat sie einen gewissen Einfluss darauf. Was machen wir mit den mit den Wohnungen? Wie renovieren wir sie? Haben wir in eine fossile Heizung? [...] dann wäre es ein Thema.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.97-103)

«Wir haben vor allem in der Energie und Klimastrategie ähm das Thema Mietrechte thematisiert.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.41-42)

Dabei wird die Problematik angesprochen gleichzeitig günstigen Wohnraum anzubieten und die Wohnungen energetisch zu verbessern. Zudem müssen die Mieter*innen bei einer gesamthaften Sanierung für einen Zeitraum mit einer Baustelle leben.

«natürlich eigentlich grundsätzlich günstige Wohnungen. Also haben die in der Regel auch nicht einen guten energetischen Standard und tun wir die sanieren und gleichzeitig will man dann probieren, dass die Mietzinsen einigermaßen die Ausgaben ausgleichen können. Dort hat man natürlich mit Unterstützung der Energiefördergelder versucht, ähm die Preise ein bisschen zu stützen, aber es ist nicht in dem Sinn Sozialarbeit direkt.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.64-69)

„[...] zu sanieren, weil das ist natürlich auch für die Mieterinnen und Mieter ähm nicht einfach wenn jetzt das ganze Haus [energetisch] saniert wird.“ (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.145-146)

Des Weiteren sind die Gemeinden beim Mietrecht sowie bei der Förderung nachhaltiger Brennstoffe an die nationale Gesetzgebung gebunden. Aus diesem Grund haben die Gemeinden wenig Handlungsspielraum. Das Mietrecht wird dabei grundsätzlich in der Sozialpolitik thematisiert.

«Die Gesetzgebung sagt ja eigentlich jetzt auch, dass man nicht mehr in die fossilen Brennstoff hinein investieren soll. Also wenn die ersetzt werden müssen, dann werden das andere Heizungen, sei das Bellet, sei das das Wasser, sei das ähm Erdsonde, was auch immer. Was dort möglich ist, das versucht man natürlich schon zu unterstützen.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.305-309)

„Nein, so kann man es nicht sagen. Ich meine eben wir haben jetzt wir haben ja die sozialen Aspekte auch da thematisiert und wir sagen natürlich das Mietrecht ist grundsätzlich national geregelt oder da können wir relativ wenig machen oder und was wir machen, machen wir in der Sozialpolitik.“ (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.81-84)

6.3 Politik

Bei den Zusammenhängen zwischen der Sozial- und Umweltpolitik wird klar, die Umweltpolitik spielt in alle Politikbereiche mit ein, wie auch Themen der Sozialpolitik. Oft kann ein politischer Bereich seine Forderungen ohne die anderen Bereiche gar nicht umsetzen, ein wichtiger Bestandteil hierbei ist die Finanzpolitik. Oft fehlen die finanziellen Ressourcen für Projekte, die erstrebenswert sind. Diese Entscheidungen auf kommunaler Ebene müssen jedoch relativ zu den nationalen Entscheiden betrachtet werden. Denn die auswirkungsreichsten Entscheide finden auf nationaler Ebene statt.

«So hat jeder Teilbereich einen Bezug zu dieser ganzen Umweltproblematik. Der soziale Bereich hat ihn, der wirtschaftlichen Bereich hat ihn, den Baubereich hat ihn. Alle zusammen müssen gleichmässig daran arbeiten. Und das heisst natürlich auch, dass man untereinander gewisse Lösungen finden muss. Also wenn der Sozialbereich gewisse Forderungen hat und sagt, das können wir nicht alleine machen, dafür brauchen wir noch den wirtschaftlichen Teil dazu, dass man dann auch bereit ist, diese Verbindungen auszuschöpfen und die Zusammenarbeit dann auch zu machen.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.624-631)

«Ähm Politikfelder, also Umweltpolitik geht in alle Politikfelder hinein, wie die Sozialpolitik und oder die Finanzpolitik letztendlich immer ähm in fast alle Politikfelder hinein geht, oder. [...] Man darf aber einfach nicht vergessen natürlich die Zuständigkeiten auf ähm/ in unserem föderalen System sind nicht so eindeutig, oder. Die grossen politischen Entscheidungen lasten national und wir sind relativ.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.175-180)

«Ja es hängt damit auch zusammen. Ähm mit dem Geld, respektive mit den Finanzen und was manchmal toll und super wäre, lässt sich nicht immer genau so umsetzen, weil gewisse finanzielle Ressourcen ähm fehlen.» (Interview 3, 24. Mai 2022, Z.339-341)

Obwohl alle Politikfelder sich gegenseitig beeinflussen, werden direkte Gemeinsamkeiten zwischen der Sozial- und Umweltpolitik wahrgenommen. Diese beziehen sich auf die Mechanismen, die in beiden Politikfeldern herrschen.

«Habe aber dann die Lehre, dass man eigentlich ähnlich ausbeuterisch mit den Leuten umgeht in den verschiedenen Gesellschaften international. Also dort gibt/ Es gibt sehr ähm sehr enge Verknüpfungen und von dort her sind die die Felder ähm stark verknüpft und die Sozialpolitik wie Umweltpolitik bilden einen starken Querschnitt.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.172-175)

«[...] es gibt ja schon gemeinsames zwischen der Umweltpolitik und der Sozialpolitik, durch das nämlich die ähnlichen Ausbeutungsmechanismen vis A vis von den Leuten auch in vis A vis von der Umwelt wahrzunehmen sind.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.186-171)

Politische Entscheide werden laut den Interviewten Personen oft als verpflichtender wahrgenommen als Vorschläge. Dies kann zu Widerstand führen. Eine gute Politik, insbesondere eine gute Umweltpolitik kann nur funktionieren, wenn die Bevölkerung dahintersteht.

«Wenn es von der Politik dann fühlt man sich meistens halt noch etwas mehr verpflichtet oder vielleicht generiert es auch Widerstand.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.584-585)

«Eigentlich wissen wir, wir haben die Klimakrise, ähm wir haben Probleme/ Wir haben Probleme mit der Biodiversität, aber vom Wissen zum Handeln ist vielfach ein grosser Schritt. Es ist auch schwierig wirklich ganz konsequent zu sein und eine gute Umweltpolitik wird nur getragen, wenn sie wirklich gut verankert ist in der Bevölkerung.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.262-265)

Nebst dem Zusammenhang der Sozial- mit der Umweltpolitik, wurde der Zusammenhang zwischen der Sozialen Arbeit und der Umweltpolitik angesprochen. Der Klimawandel wird momentan im politischen Diskurs nicht in Verbindung mit der Sozialen Arbeit thematisiert.

«Also eigentlich wird er im Moment noch nicht gross thematisiert, also thematisiert wird der Klimawandel natürlich schon aber nicht in Zusammenarbeit ähm mit der Sozialen Arbeit. Wir haben jetzt nicht irgendwo Themen, wo wir sagen, das ist jetzt massgeblich, wenn das sich so entwickelt, dann hat das nachher einen Einfluss auf die Soziale Arbeit. Das haben wir im Moment nicht. Ich kann mir aber schon vorstellen, dass es natürlich gewisse Zusammenhänge gibt, weil die Leute halt schon nicht unbedingt immer im gleichen Setting drin sind wie das ähm, andere Leute sind.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.8-13)

Jedoch besteht mit den Fachpersonen aus der Sozialen Arbeit ein reger Austausch, bei welchem von Seiten der Politik auch Inputs erwünscht sind. Dies geschieht unabhängig von der persönlichen politischen Ausrichtung.

«Ja durch das wir ähm im regen Kontakt und in einem Austausch sind, passieren ja da schon sehr viele ähm, gegenseitige Inputs. Ich glaube, das ist der Alltag, wo ich mich mit der Jugendarbeiterin oder mit unserer Leitung austausche. [...] und da ist die Haltung vielleicht manchmal ein bisschen anders als meine politische Haltung aber da versuchen wir ja immer irgendwo einen guten Mix zu finden ja.» (Interview 3, 24. Mai 2022, Z.359-365)

6.4 Auftrag der Sozialen Arbeit

Aus Sicht der Interviewten Personen ist die Soziale Arbeit für die Sicherstellung eines Grundbedarfes der Gesellschaft verantwortlich. So liegt die Hauptverantwortung für Umweltthemen nicht bei der Sozialen Arbeit. Gewisse Aspekte fließen jedoch in ihre Arbeit mit ein. Eine politische Haltung der Sozialen Arbeit gegenüber Umweltthemen wird als positiv erachtet, gleichzeitig wird die Schwierigkeit betont, politisch Massnahmen umzusetzen.

«Ja nur das würde das würde natürlich dann bedingen/ das ähm würde eigentlich den Rahmen der Sozialarbeit ausweiten. Die Aufgabe ist ja einfach einmal, dass die Leute am normalen Leben teilnehmen können, also dass sie eine Wohnung haben, dass sie sich zumindest ernähren können, dass sie die medizinischen Grundversorgungen haben. Das ist ja eigentlich die Aufgabe daran, das andere würde dann eigentlich bedingen, dass man sie [Sozialarbeitende] würde in zusätzliche Ausbildungen schicken, dass man sie zusätzlich würde für bestimmte Themen ähm motivieren.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.133-139)

«Da ist sie [Soziale Arbeit] nicht die hauptverantwortlich, es ist ähm eine Querschnittsaufgabe, wo ähm die Sozialarbeit mit anderen, wie Gleichstellungsthemen, wie Quartierbeteiligungen, wie Inklusion, das sind alles Themen, wo die Sozialarbeit mitnehmen muss.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.284-286)

«Jain, Haltung ähm finde ich durchaus gut die Frage ist dann immer, wie fest, dass man sich dann eingibt. Politisch gewisse Sachen umzusetzen ist das nicht immer ganz einfach [...]» (Interview 3, 24. Mai 2022, Z.337-339)

Nebst der Sicherstellung der Grundbedürfnisse wird die Soziale Arbeit als Gesellschaftsarbeit betrachtet. Die Gesellschaft muss sich Wandeln und mit der Klimakrise auseinandersetzen. Im Aspekt der Gesamtgesellschaft ist die Soziale Arbeit stark vertreten. Mit der Gesellschaft ist die Selbstverantwortung einzelner Personen von Bedeutung. Dennoch darf der Wandel in der Gesellschaft nicht vergessen gehen, denn es braucht eine stetige Anpassung der Angebote.

«Im weitesten Sinne natürlich dann schon. Soziale Arbeit ist ja auch Gesellschaftsarbeit oder und es ist ein/ Wir Leben im Moment in einem gesellschaftlichen Problem, in einer Gesellschaft, die sich wandeln muss und die Gesellschaft muss sich mit diesen Problemen und auseinandersetzen. Es ist nicht nur die Wirtschaft allein, es ist nicht nur ein Teil, sondern es ist die gesamte Gesellschaft, wo sich drin bewegen muss und dort ist die Soziale Arbeit natürlich schon sehr stark mit Vertreten.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.519-524)

«Eben ich sage es ist eine gesellschaftliche Aufgabe und die Gesellschaft ist jeder einzelne von uns. Also ist auch jeder einzelne mitverantwortlich und jeder einzelne auch aufgefordert daran Teil zu haben.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.581-584)

«Man muss oder man darf nicht vergessen, dass auch so die Selbstverantwortung nach wie vor gefördert werden soll und den Leuten das auch bewusst muss und nicht, dass man für jedes Problem, wo man hat, Gemeinde oder der Staat beiziehen kann und so quasi so die helfen jetzt mir. Mir helfen und ich müsste jetzt bitte noch ein individuelles Angebot haben für mein individuelles Problem. Also ich habe manchmal

das Gefühl, es tendiert so bisschen, dass jeder der ein individuelles Problem hat, auch ein individuelles Angebot haben muss. Und wir haben sehr viele Angebote auch kantonal oder, und der Überblick nicht zu verlieren ist ähm ja manchmal schwierig. Das darf nicht ausufern. Und trotzdem muss man ähm, ja Augen und Ohren offen haben. Die Gesellschaft wird sich ja auch in Zukunft weiterentwickeln.» (Interview 3, 24. Mai 2022, Z.397-406)

6.5 Handlungsmöglichkeiten für die Soziale Arbeit

Eine der Handlungsmöglichkeiten für die Soziale Arbeit besteht laut den Interviewten Personen in der Sensibilisierung und Bildung zum Thema Umwelt. Dabei beziehen sie sich auf die Jugendarbeit. Diese hat die Möglichkeit eng mit den Jugendlichen zusammenzuarbeiten.

«Ich denke, gerade mit den Jungen ist primär mal die Sensibilisierung wichtig. Hm ja die Sensibilisierung um zu sehen, vielleicht auch mal das eigene Verhalten im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit zu hinterfragen, analysieren und gegebenenfalls auch Massnahmen für sich selber zu überlegen.» (Interview 3, 24. Mai 2022, Z.91-94)

«Also zum Beispiel das Littering ist so ein Thema, wo wir ähm vor allem auch in der Jugendarbeit drin mit einbeziehen.» (Interview 1, 8. Mai 2022, Z.52-54)

Die Sensibilisierung reicht jedoch nicht aus. Mit dem Wissen muss gehandelt werden. In diesem Bereich können Gemeinschaftsprojekte und Angebote einen grossen Beitrag leisten.

«Aber es gibt viele Bereiche, wo man eigentlich die Leute muss zum Mitmachen bringen, vom Wissen zum Handeln und dort spielen Quartierorganisationen und ähm jegliche partizipativen Formen ganz eine wichtige Rolle.» (Interview 2, 9. Mai 2022, Z.276-279)

Ein letzter Punkt, der genannt wird, ist der Dialog zwischen einem Berufsfeld und der Politik. Politiker*innen sind froh um Inputs von aussen. Dies soll verhindern, dass die Politik gewisse Themen nicht wahrnimmt.

«Und dass man so im Austausch bleibt, miteinander. Dabei vielleicht auch etwas lernt und die Politik hat ja immer ein bisschen eine andere Rolle weder jetzt gerade so ein Berufsfeld. Oder, und es ist gut, wenn man als Politiker Inputs von aussen bekommt, damit wir nicht Scheuklappen haben irgendwann oder, aber es muss einem vernünftigen Dialog sein und gegeneinander ist immer so schwierig. Und gewisse Ideologien wo dann zu extrem sind, das scheitert dann meistens, weil es einfach zu extrem ist oder zu abstrakt, wo man sich dann einfach auch distanzieren will, weil es einfach zu irgendwo ist.» (Interview 3, 24. Mai 2022, Z.344-352)

7 DISKUSSION DER FORSCHUNGSERGEBNISSE

Die im Kapitel 6 dargestellten Forschungsergebnisse werden in diesem Kapitel interpretiert und anhand der Theorien aus den Kapiteln 1, 2, 3 und 4 verbunden und kontextualisiert.

7.1 Umwelt und Soziales

Im Kapitel 6.2 wird ersichtlich, dass die Mobilität und das Wohnen Themen sind, in denen der Zusammenhang zwischen dem Sozialen- und Umweltgedanken aus politischer Perspektive hergestellt wird.

Die Bestrebungen, den nicht motorisierten Verkehr attraktiver zu gestalten, dienen zum einen dem Umweltgedanken. Dadurch werden weniger Emissionen freigelassen. Der andere Aspekt betrifft die Sicherheit und Zugänglichkeit. Im Kapitel 2.3 wurde ersichtlich, dass die Mobilität einen grossen Beitrag zu den ausgestossenen Treibhausgasen sowie den Luftschadstoffen leistet. Individuelle Faktoren spielen eine wichtige Rolle, beispielsweise die Auswahl der Fortbewegungsmittel und der Wohn- sowie Arbeitsort. Nicht alle Personen in der Schweiz können ihren Wohn- oder Arbeitsort frei wählen. Je nach finanzieller Situation, Aufenthaltsstatus oder Bildungsniveau sind Personen an diese Orte gebunden (Kap. 2.2). Wie im Kapitel 6.2 ersichtlich wurde, können Menschen, die Sozialhilfe beziehen, meist nicht selbst entscheiden, welche Verkehrsmittel sie nutzen möchten. Für ein eigenes Auto fehlt das Geld. Wenn betrachtet wird, für wie viele Emissionen der privatmotorisierte Verkehr verantwortlich ist, ist dies aus Sicht der Umwelt durchaus positiv zu betrachten. Gleichzeitig schränkt es die Chancengleichheit ein und die Last liegt auf den Personen, die einen geringeren Beitrag zur Klimakrise leisten (vgl. Kapitel 3.2).

Die Dringlichkeit, den nicht motorisierten und den öffentlichen Verkehr zu fördern, ist in der Politik angekommen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Emissionen zu verkleinern und die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen. Durch weniger motorisierten Verkehr sinkt zudem die Lärmbelastung, was ebenfalls die Lebensqualität erhöht und einzelne Siedlungsgebiete attraktiver macht.

Beim Wohnen wird die Verbindung zur Umweltpolitik durch die energetischen Faktoren definiert. Wenn alle Wohnungen einen Minergie Standard hätten, würde sich der durchschnittliche pro Kopf Verbrauch um 30 % senken (vgl. Kap. 2.3). Wie auch in der Darstellung der Forschungsergebnisse ersichtlich ist, kann die Gemeinde nur die Wohnungen umrüsten, die in ihrem Besitz sind. Im Vergleich zu privaten oder institutionellen Eigentümer*innen fällt das Eigentum der Gemeinde jedoch gering aus. Nicht-staatliche Akteure müssen stärker miteinbezogen werden. Gemeinden wie nicht-staatliche Akteure sind dabei an die aktuelle Gesetzgebung gebunden. Die Umsetzung hängt jedoch von den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden und den nicht staatlichen Akteure ab. Aus dem Kapitel 4 wird klar, dass alle Politikfelder eng miteinander verbunden sind und eins ohne das andere nicht funktionieren kann.

7.2 Politik

Zwischen den einzelnen Politikfeldern gibt es laut den befragten Politiker*innen keine festen Grenzen. Umweltpolitische und sozialpolitische Themen sind in allen Feldern relevant. Genauso verhält es sich mit der Sozialarbeitspolitik (vgl. Kap. 4.1). Themen aus der Sozialen Arbeit sind in allen Politikfeldern zu finden. Die Umwelt- und Sozialpolitik und schlussendlich auch die Sozialarbeitspolitik haben eine Gemeinsamkeit. Mit der Umwelt und den Menschen wird der gleiche ausbeuterische Umgang gepflegt. Wie in Kapitel 2.1 aufgezeigt, hat die Externalisierungsgesellschaft einige Mechanismen systematisch verankert. Diese beziehen sich auf die Ausbeutung von Ressourcen und Mittel von Mensch sowie Umwelt. Eine Gemeinsamkeit hat jedoch nicht unbedingt einen Zusammenhang zur Folge. Momentan wird der Zusammenhang von umweltpolitischen Themen und der Sozialen Arbeit nicht oder kaum thematisiert. Oben wurde bereits erläutert, dass Zusammenhänge in den Bereichen der Mobilität und des Wohnens gesehen werden. Wie in Kapitel 2.3 aufgezeigt, hat die Klimakrise, welche klar ein umweltpolitisches Thema darstellt, einen grossen Einfluss auf die Gesellschaft. Die Verknüpfungen im Kapitel 3 zeigen, dass diese sich auf die Soziale Arbeit auswirken. Dieser Zusammenhang muss auch in der Politik diskutiert werden. Die Politik der Sozialen Arbeit hat die Möglichkeit, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen. Denn politische Entscheide können nur dann Erfolg haben, wenn die Gesellschaft diese unterstützt (Kap. 6.3). Die Sozialarbeitspolitik kann an diesem Punkt ansetzen. Zu ihren Aufgaben zählt die politische Befähigung und Bildung der Gesellschaft. Durch eine ausreichende Aufklärung und Ressourcenbereitstellung können Menschen in das politische Geschehen mitgenommen oder wieder inkludiert werden (vgl. Kap. 4.1).

In den Gemeinden findet ein reger Austausch zwischen der Politik und den Sozialarbeiter*innen statt. Ein solcher Austausch wird aus Sicht der Politik als wichtig erachtet. Wie im Kapitel 4.1 dargelegt, hat die Sozialarbeitspolitik unter anderem die Aufgabe der politischen Beratung. Ein solcher Austausch fördert die Anerkennung der Sichtweisen und die Sozialarbeiter*innen haben ein direkte Ansprechperson. Sie können so ihre und die Interessen ihrer Adressat*innen vertreten. Dabei ist es ihre Aufgabe, auf Entstehungs- und Reproduktionsmechanismen von gesellschaftlichen Problemen aufmerksam zu machen, inklusive den gesellschaftlichen Problemen, die durch die Klimakrise ausgelöst wurden.

7.3 Auftrag der Sozialen Arbeit

Der Auftrag der Sozialen Arbeit liegt aus Sicht der Politiker*innen in der Unterstützung des Grundbedarfs der Adressat*innen. Somit stellen Umweltthemen kein Fokusthema dar. Wird der Auftrag der Sozialen Arbeit anhand des Tripelmandats nach Staub-Bernasconi betrachtet (Kap. 3.1), hat die Soziale Arbeit ein Mandat gegenüber sich selbst. Durch die Folgen und Auswirkungen der Klimakrise ist es sinnvoll aus einer ethisch-moralischen Perspektive, das dritte Mandat, um eine

ökologische Dimension der Menschenrechte zu erweitern. Eine solche Erweiterung hat zur Folge, dass die Soziale Arbeit durchaus den Auftrag hat, sich umweltpolitischen Themen anzunehmen. Zudem definiert die Soziale Arbeit mit dem Berufskodex ihre Aufgaben. Eine ihrer Aufgabe lautet, sich den gesellschaftlichen Problemen anzunehmen (Kap 1.3). Da die Klimakrise Auslöser von gesellschaftlichen Problemen ist, beauftragt sie sich selbst. Da aus Sicht der Politik dieser Auftrag der Sozialen Arbeit nicht ersichtlich ist, ist es die Aufgabe der Sozialen Arbeit, darauf hinzuweisen und ihr politisches Mandat wahrzunehmen.

7.4 Handlungsmöglichkeiten für die Soziale Arbeit

Handlungsmöglichkeiten für Professionelle der Sozialen Arbeit im Bereich Umwelt werden in der Sensibilisierung, dem Dialog und der Befähigung vom Wissen zum Handeln gesehen. Die Rolle der Quartierorganisationen wird als wichtig betrachtet (vgl. Kap 6.X). Die in Kapitel 4.3 definierten Handlungsfelder Lobbying, Politikberatung, politische Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Community Organizing überschneiden sich mit den Werten aus der Politik. In den Interviews wird in diesem Zusammenhang stets von der Jugendarbeit oder Quartierorganisationen gesprochen. Diese Felder sind typischerweise im Berufsfeld der Soziokulturellen Animation zu verorten. Die Soziokulturelle Animation ist das Berufsfeld, welches gesellschaftliche Aufgaben wahrnimmt. In den Interviews wird die Soziokulturelle Animation nicht als solche benannt, die Aufgaben sind ihr jedoch zu orten. Direkte Handlungsmöglichkeiten in den Bereichen Sozialarbeit und Sozialpädagogik wurden nicht direkt benannt. Sie können jedoch in den politischen Handlungsfeldern Stellung zur Klimakrise beziehen und die Thematik weiter voranbringen.

7.5 Fazit

In der Analyse der Forschungsergebnisse wurde ersichtlich, dass die Verbindung zwischen der Klimakrise und der Sozialen Arbeit auf kommunal politischer Ebene kaum gemacht wird. Zwischen Sozial- und Umweltpolitik wird eine Verbindung gesehen. Diese Verbindung existiert allerdings zwischen allen Politikfeldern. Im Bereich der Mobilität und des Wohnens wurden die grössten Zusammenhänge definiert, gehören sie auch zu den grössten Treibern von Emissionsausstoss von Seiten der Gesellschaft. Die Selbstverantwortung der Gesellschaft und einzelner ist somit wichtig. Die Politik kann nur dann handeln, wenn die Gesellschaft sie unterstützt. Die Soziale Arbeit als Gesellschaftsarbeit ist somit direkt betroffen. Insbesondere das Berufsfeld der Soziokulturellen Animation, das für ein gesellschaftliches miteinander steht. Obwohl der Zusammenhang zwischen der Klimakrise und der Sozialen Arbeit auf politischer Ebene kaum diskutiert wird, ist er unumstritten und die Politik sieht mögliche Handlungsansätze. Der Soziale Arbeit obliegt nicht die alleinige Verantwortung, das Thema in die Gesellschaft zu bringen, eine Haltung wird als durchaus erstrebenswert betrachtet. Es wird darauf hingewiesen, dass politische Prozesse langsam sind. Durch

politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit kann die Soziale Arbeit darauf aufmerksam machen. Gruppen, die aus dem politischen System herausgefallen sind, kann sie den Zugang ermöglichen.

Da die Thematik einer Grünen Sozialen Arbeit im deutschsprachigen Raum noch in den Anfängen steht, ist es nicht verwunderlich, dass die Thematik in der politischen Diskussion nicht gefestigt ist. Die Profession der Sozialen Arbeit hat allerdings genügend Handlungsspielraum, um dies zu verändern

8 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Dieses Kapitel widmet sich der Frage: „*Welche Handlungsansätze ergeben sich für die Praxis der Sozialen Arbeit in Bezug auf die Klimakrise?*“. Dafür werden die Theorien und die Forschung zusammengefasst. Aus diesen Ergebnissen werden Handlungsansätze für die Soziale Arbeit abgeleitet. Zum Schluss wird ein Ausblick in die Zukunft dargelegt.

8.1 Ein umweltpolitisches Mandat der Sozialen Arbeit

Die Klimakrise beeinflusst unsere Gesellschaft und unsere Lebensweise wirkt sich auf das Klima aus. Durch die Sozialisation haben sich Mechanismen verfestigt, die den menschengemachten Klimawandel weiter vorantreiben. Marginalisierte Gruppen sind besonders von den Auswirkungen betroffen, Lebensräume sind bedroht. Die Soziale Arbeit ist durch ihre Grundprinzipien stark betroffen. Als Menschenrechtsprofession muss sie bei Menschenrechtsverletzungen handeln. Die Klimakrise ist eine Ursache solcher Verletzungen. Aus diesem Grund wird eine Erweiterung des dritten Mandats durch eine ökologische Komponente angestrebt. Zielführend, um die Folgen der Klimakrise abzufedern, ist die gerechte Verteilung derer. Zum jetzigen Zeitpunkt leidet vor allem der globale Süden unter den Folgen, obwohl der globale Norden für den grössten Ausstoss von Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Der Berufskodex der Sozialen Arbeit definiert (Avenir Social, 2010):

«Die Professionellen der Sozialen Arbeit setzen sich auch mit ihren staatsbürgerlichen Mitteln für eine soziale, demokratische Gesellschaft ein, die für Solidarität und die Wahrung der Menschenrechte, für Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Menschen und gegen Diskriminierung einsteht». (S. 14)

Somit stellt sie sich selbst das Mandat, dieser ungerechten Verteilung und der Nichteinhaltung der Menschenrechte entgegenzuwirken. Durch diesen Einfluss der Klimakrise auf die Handlungsfelder der Sozialen Arbeit drängt sich eine ökologischere Soziale Arbeit auf. Die Grüne Soziale Arbeit bietet Handlungsansätze, um in dieser Entwicklung zu intervenieren und neue Auswirkungen der Krise präventiv anzugehen. Husi (2022) bietet dafür elf Mögliche Punkte an, unter anderem ein umweltpolitisches Mandat der Sozialen Arbeit (S. 307).

Die Soziale Arbeit und die Politik sind eng miteinander verbunden. Die Sozialpolitik gibt der Sozialen Arbeit einen Rahmen vor und die Soziale Arbeit wird als ein Instrument genutzt. Die Handlungsfelder der Sozialen Arbeit gehen jedoch über sozialpolitische Massnahmen hinaus und der Sozialen Arbeit wird ein politisches Mandat zugesprochen. Die Sozialarbeitspolitik engagiert sich in der Politikimplementierung, der Interessenvertretung, der Politikberatung, und der politischen Bildung. Wie im Kapitel 4.2 dargestellt, haben umweltpolitische Themen auf gesellschaftlicher Ebene einen schweren Stand und die staatlichen Bemühungen, wie die Agenda 2030 werden von verschiedenen Seiten kritisiert. Die Sozialarbeitspolitik hat die Möglichkeit die Gesellschaft auf diese Probleme

aufmerksam zu machen und ihre Adressat*innen politisch zu bilden. Auch Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und Community Organizing gehören zu ihren Handlungsansätzen. Damit kann sie auf die Dringlichkeit der Klimakrise aufmerksam machen.

In der Politik wird der Zusammenhang zwischen der Sozialen Arbeit und der Klimakrise kaum thematisiert (vgl. Kap. XX). Durch ein gezieltes Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit kann die Soziale Arbeit auf diesen Hinweisen und im politischen Diskurs festigen. Doch zuerst muss sie sich selbst ihrer ökologischen Dimension bewusstwerden und im nächsten Schritt ihr umweltpolitisches Mandat wahrnehmen. Dadurch können zukünftige soziale und kulturelle Probleme präventiv angegangen werden (vgl. Kap. XX).

8.2 Fazit für die Praxis

Wie im Kapitel 8.1 erwähnt, muss sich die Soziale Arbeit ihrer ökologischen Dimension bewusst werden. Erst dann kann sie ihr umweltpolitisches Mandat wahrnehmen. Mit anderen Worten: Die Soziale Arbeit muss grüner werden.

Es braucht eine Institutionalisierung, der im Kapitel 3.3 aufgezeigten Ansätze einer Grünen Sozialen Arbeit. Insbesondere die Lehre und Wissenschaft müssen um die ökologische Komponente der Sozialen Arbeit erweitert werden. Wenn die Profession der Sozialen Arbeit grüner wird und ihrer Verantwortung bewusst wird, kann sie ihre volle Funktion wahrnehmen. Sie muss dabei nicht allein agieren. Die Klimakrise betrifft verschiedene Institutionen und Wissenschaften. Eine Zusammenarbeit mit anderen Professionen und ein Wissenstransfer sind erstrebenswert. Insbesondere die Soziokulturelle Animation kann einen grossen Beitrag dazu leisten, da sie für ein gesellschaftliches miteinander steht. Durch ihre Arbeitsbereiche in der Quartier-, Kinder-, Jugend-, und Altersarbeit kann sie eng mit den Adressat*innen zusammenarbeiten und Gruppen vernetzen. Auch die Projektarbeit, die typisch für die Soziokulturelle Animation ist, kann helfen, gesellschaftlich relevante Themen an die breite Öffentlichkeit zu bringen.

8.3 Ausblick

In dieser Arbeit wurde deutlich, dass die Klimakrise einen grossen Einfluss auf die Gesellschaft und die Soziale Arbeit hat. Die Klimakrise wird unsere Gesellschaft weiterhin beschäftigen und eine Lösung ist noch nicht in Sicht. Immer mehr Menschen werden aufgrund der Klimakrise ihre Heimat verlassen müssen. Die Lebensbedingungen in der Schweiz werden sich ebenfalls stetig verändern, gewisse Gebiete müssen eine andere Einnahmequelle generieren (bsp. Skigebiete, die an Schneemangel leiden). Diese Arbeit beschäftigte sich vor allem mit den direkten Zusammenhängen zur Sozialen Arbeit und den möglichen präventiven Ansatz durch ein umweltpolitisches Mandat. Weitere Forschungsarbeiten könnten die Rolle der Sozialen Arbeit anhand der Transformation solcher Orte aufzeigen. Wie kann die Soziale Arbeit eine solche Transformation unterstützen? Welche Rolle spielen

soziale Ungleichheiten bei der Transformation? Des Weiteren wurde eine Erweiterung des dritten Mandats der Sozialen Arbeit durch eine ökologische Dimension angedeutet. Der Umfang und das Ziel der Arbeit liessen es nicht zu, dies weiter zu verfolgen. Wie könnte diese Dimension aussehen?

Das umweltpolitische Mandat, mit dem sich diese Arbeit befasste, ist einer der Elf-Punkte für eine grünere Soziale Arbeit nach Husi. Wie könnten die anderen Punkte umgesetzt werden? Inwiefern sind sie bereits in der Profession der Sozialen Arbeit verankert? Welche Rolle kommt den einzelnen Berufsfeldern der Sozialen Arbeit zu?

Das Thema der Klimakrise ist sicherlich ein Thema, das die Soziale Arbeit weiterhin beschäftigen wird, und es stellt sich die generelle Frage, wie die Soziale Arbeit dieses Thema ganzheitlich bearbeiten will. Schlussendlich muss jetzt gehandelt werden, um die Zukunft zu sichern.

9 LITERATURVERZEICHNIS

- Admin.ch (2022a). *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*.
<https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1999/404/de>
- Admin.ch (2022b). *17 Ziele für nachhaltige Entwicklung*.
<https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html>
- Admin.ch (2023). Chronologie der Volksabstimmungen.
https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/vab_2_2_4_1.html
- Amnesty International (2020, 21. Januar). UN-Menschenrechtsausschuss stärkt Rechte von Klimaflüchtlingen. *Amnesty International*. <https://www.amnesty.ch/de/themen/klima/doc/2020/un-menschenrechtsausschuss-staerkt-rechte-von-klimafluechtlingen>
- AvenirSocial (2010). *Berufskodex Sozialer Arbeit Schweiz. Eine Argumentation für die Praxis der Professionellen*. Autor.
- Benz, B. & Rieger, G. (2015). Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. *Eine Einführung*. Springer.
- Bogner, A., Littig, B. & Menz, W. (2014). *Interview mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*. Springer.
- Bundesamt für Raumentwicklung [ARE] (2023). *Nachhaltigkeitsverständnis in der Schweiz*.
<https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsverstaendnis-in-der-schweiz.html>
- Bundesamt für Umwelt [BAFU] (2017). *Klimabedingte Risiken und Chancen. Eine schweizweite Synthese*. <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/publikationen-studien/publikationen/klimabedingte-risiken-und-chancen.html>
- Bundesamt für Umwelt [BAFU] (2022). *Umweltbericht Schweiz 2022*.
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/zustand/publikationen-zum-umweltzustand/umwelt-schweiz-2022.html>
- Bundesamt für Umwelt [BAFU] (2023a). *Klima: Das Wichtigste in Kürze*.
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/inkuerze.html>
- Bundesamt für Umwelt [BAFU] (2023b). Internationale Klimapolitik: Kyoto-Protokoll.
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klima-internationales/internationale-klimapolitik--kyoto-protokoll.html>
- Brand, U. & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus* (5., überarb. Aufl.). oekom Verlag.
- Bettinger, F. (2012). Soziale Arbeit und Sozialpolitik. In T. Werner (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch* (4., überarb. Aufl.) (S. 345-354). VS Verlag.
- Degen B. (2015, 01. Juli). Sozialpolitik. *Historisches Lexikon der Schweiz*. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016577/2015-07-01/>
- Dominelli, L. (2018). Green social work in theory and practice: a new environmental paradigm for the profession. In L. Dominelli (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Green Social Work* (S. 9-20). Routledge.
- Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation [UVEK] (2023). *Grundsätze der Umweltpolitik*.
<https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/umwelt/umweltpolitik.html>
- Fabritius, F. (2018). *Umweltmigration als sicherheitspolitische Herausforderung. Szenarioanalyse am Beispiel einer möglichen Klimaflucht aus Nordafrika*. Springer.

- Fridays for Future (ohne Datum). *Who we are*. <https://fridaysforfuture.org/what-we-do/who-we-are/>
- Grafe, R. (2020). *Umweltgerechtigkeit. Aktualität und Zukunftsvision*. Springer.
- Humanrights.ch (2022, 31. Mai). *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – eine Menschenrechtsagenda*. <https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-instrumente/uno/agenda-2030/>
- Husi, G. & Villiger, S. (2012). *Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation - Theoretische Reflexionen und Forschungsergebnisse zur Differenzierung Sozialer Arbeit*. Interact.
- Husi, G. (2022). Grüne Soziale Arbeit – eine sozialtheoretische Fundierung. In Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, und Soziales des Landes Berlin (Hrsg.), *Soziale Arbeit als Makropraxis* (S. 300-309). Nomos.
- Kanton Basel-Stadt (ohne Datum). *Klima & Energie*. <https://www.bs.ch/Portrait/klima-und-energie.html>
- Lessenich, S. (2020, 10. September). Doppelmoral hält besser: Die Politik mit der Solidarität in der Externalisierungsgesellschaft. In *Berliner Journal für Soziologie*. <https://link.springer.com/article/10.1007/s11609-020-00410-w>
- Liedholz, Y. (2021). *Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume*. Barbara Budrich Verlag.
- National Centre for Climate Services [NCCS] (2021). *Was ist der Klimawandel?*. <https://www.nccs.admin.ch/nccs/de/home/klimawandel-und-auswirkungen/grundlagen-zum-klima/was-ist-der-klimawandel-.html>
- National Centre for Climate Services [NCCS] (2022). *Beobachtete Klimaentwicklung in der Schweiz*. <https://www.nccs.admin.ch/nccs/de/home/klimawandel-und-auswirkungen/schweizer-klimaszenarien/beobachtete-klimaentwicklung-in-der-schweiz.html>
- Rathgeber, T. (2009). *Klimawandel und Menschenrechte – Über die Voraussetzungen einer gerechten Klimapolitik* (Band 6). Heinrich Böll Stiftung.
- Pufé, I. (2017). *Nachhaltigkeit* (3., überarb. Aufl.). UVK Verlag.
- Stamm, I. (2021). *Ökologisch-kritische Soziale Arbeit. Geschichte, aktuelle Positionen und Handlungsfelder*. Barbara Budrich Verlag.
- Staub-Bernasconi, S. (2019). *Menschenwürde – Menschenrechte – Soziale Arbeit. Die Menschenrechte vom Kopf auf die Füße stellen*. Barbara Budrich Verlag.
- UNO-Flüchtlingshilfe (ohne Datum a). *Was hat der Klimawandel mit Flucht zu tun?*. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluchtursachen/klimawandel>
- UNO-Flüchtlingshilfe (ohne Datum b). *Genfer Flüchtlingskonvention*. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/fluechtlingschutz/genfer-fluechtlingskonvention>
- Widmer, P. (2023, 18. April). *Auf der Flucht vor dem Klimawandel*. UZH News. <https://www.news.uzh.ch/de/articles/news/2023/Klimaflucht.html>

10 ANHANG

A Tabelle Volksabstimmungen Thema Umwelt

Datum	Initiative	Beschluss
20.05.2022	Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)	Abgelehnt
13.06.2021	Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz	Abgelehnt
13.06.2021	Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide	Abgelehnt
29.11.2020	Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt	Abgelehnt
10.02.2019	Zersiedelung stoppen - für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)	Abgelehnt
23.09.2018	Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)	Abgelehnt
27.11.2016	Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)	Abgelehnt
25.09.2016	Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)	Abgelehnt
08.03.2015	Energie- statt Mehrwertsteuer	Abgelehnt
11.03.2012	Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!	Angenommen
11.03.2012	für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)	Abgelehnt
18.05.2003	für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit - ein Versuch für vier Jahre (Sonntags-Initiative)	Abgelehnt
18.05.2003	Strom ohne Atom - Für eine Energiewende und schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke (Strom ohne Atom)	Abgelehnt
18.05.2003	Moratorium Plus - Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos (MoratoriumPlus)	Abgelehnt
24.09.2000	für einen Solarrappen (Solar-Initiative)	Abgelehnt
12.03.2000	für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen (Verkehrshalbierungs-Initiative)	Abgelehnt
07.06.1998	zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation (Gen-Schutz-Initiative)	Abgelehnt
20.02.1994	zum Schutze des Alpengebietes vor dem Transitverkehr	Angenommen
17.05.1992	zur Rettung unserer Gewässer	Abgelehnt
03.03.1991	zur Förderung des öffentlichen Verkehrs	Abgelehnt
23.09.1990	für den Ausstieg aus der Atomenergie	Abgelehnt
23.09.1990	Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)	Angenommen
01.04.1990	Stopp dem Beton - für eine Begrenzung des Strassenbaus!	Abgelehnt
01.04.1990	für eine autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon	Abgelehnt
01.04.1990	für ein autobahnfreies Knonauer Amt	Abgelehnt
01.04.1990	für eine autobahnfreie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil	Abgelehnt
04.06.1989	für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)	Abgelehnt

06.12.1987	zum Schutz der Moore - Rothenthurm-Initiative	Angenommen
07.12.1986	für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs (Schwerverkehrsabgabe)	Abgelehnt
23.09.1984	für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke	Abgelehnt
23.09.1984	für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung	Abgelehnt
28.05.1987	für 12 motorfahrzeugfreie und motorflugzeugfreie Sonntage pro Jahr	Abgelehnt
25.09.1977	gegen die Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge	Abgelehnt

B Leitfaden Interview

Wie soll sich die Soziale Arbeit in der Umweltpolitik positionieren?

Bisheriges

- Umweltrisiken und der Klimawandel werden vermehrt im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit und somit auch sozialpolitischer Themen betrachtet und bewertet. Inwiefern wird ein Zusammenhang bei Ihnen thematisiert?
- Wie erleben Sie das Engagement der Fachpersonen aus der Sozialen Arbeit?
-

Einschätzung des Bisherigen

- Wie läuft Ihrer Einschätzung nach der Austausch zwischen Umweltpolitischen und Sozialpolitischen Themen?
- Inwiefern sollte sich die Soziale Arbeit stärker in der Politik engagieren/positionieren?
-

Ausblick

Wie anfänglich schon erwähnt, wird vermehrt einen Zusammenhang zwischen umweltpolitischen und sozialpolitischen Themen diskutiert.

- Welche Herausforderungen denken Sie werden in Zukunft auf die (Sozial)Politik zukommen, in Anbetracht des Klimawandels?
- Inwiefern sollte die Sozial(arbeits)politik sich in Zukunft zu Umweltpolitischen Themen positionieren?
- In welchen politischen Bereichen sehen Sie ein mögliches Umweltpolitisches Mandat der Sozialen Arbeit?

- Wir kommen langsam zum Schluss. Gibt es noch etwas Wichtiges, das Sie bis jetzt noch nicht gesagt haben und das Sie gerne noch ansprechen würden?